

Luisenkirche

15.09.2019

Wirtschaft die tötet oder Zinsverbot?

Dr. Wolfgang Fabricius

Wiss. Direktor a.D.

<http://www.reproduktionsökonomie.de>

Papst Franziskus

Papst Franziskus hat das geldzentrierte Wirtschaftssystem für Armut und Ausgrenzung in der Welt verantwortlich gemacht. *"Wir können nicht ignorieren, dass **ein so strukturiertes Wirtschaftssystem tötet**, weil es das Geld in den Mittelpunkt stellt und nur dem Geld gehorcht."*

Spiegel, 07.09.2018

Verlust des Gemeinguts

Ursprünglich gehörte den Menschen, Tieren und Pflanzen die gesamte Erde als **Gemeingut** noch gemeinsam. Der Mensch hat sich, um komfortabler leben zu können, eine Infrastruktur errichtet, die ihn mehr und mehr von der urtümlichen Lebensweise wegführte. Mit der Mechanisierung, Motorisierung und Automatisierung der Produktion haben sich **Investoren** eingenistet, die **Infrastruktur und Ressourcen** zunehmend **okkupieren**.

Wertgesetz des Kapitalismus

Der Wert jeder kapitalistisch produzierten Ware W stellt sich dar in der Formel:

$$W = c + v + m$$

(K. Marx, Kapital III, MEW 25, 34)

Dabei bedeutet:

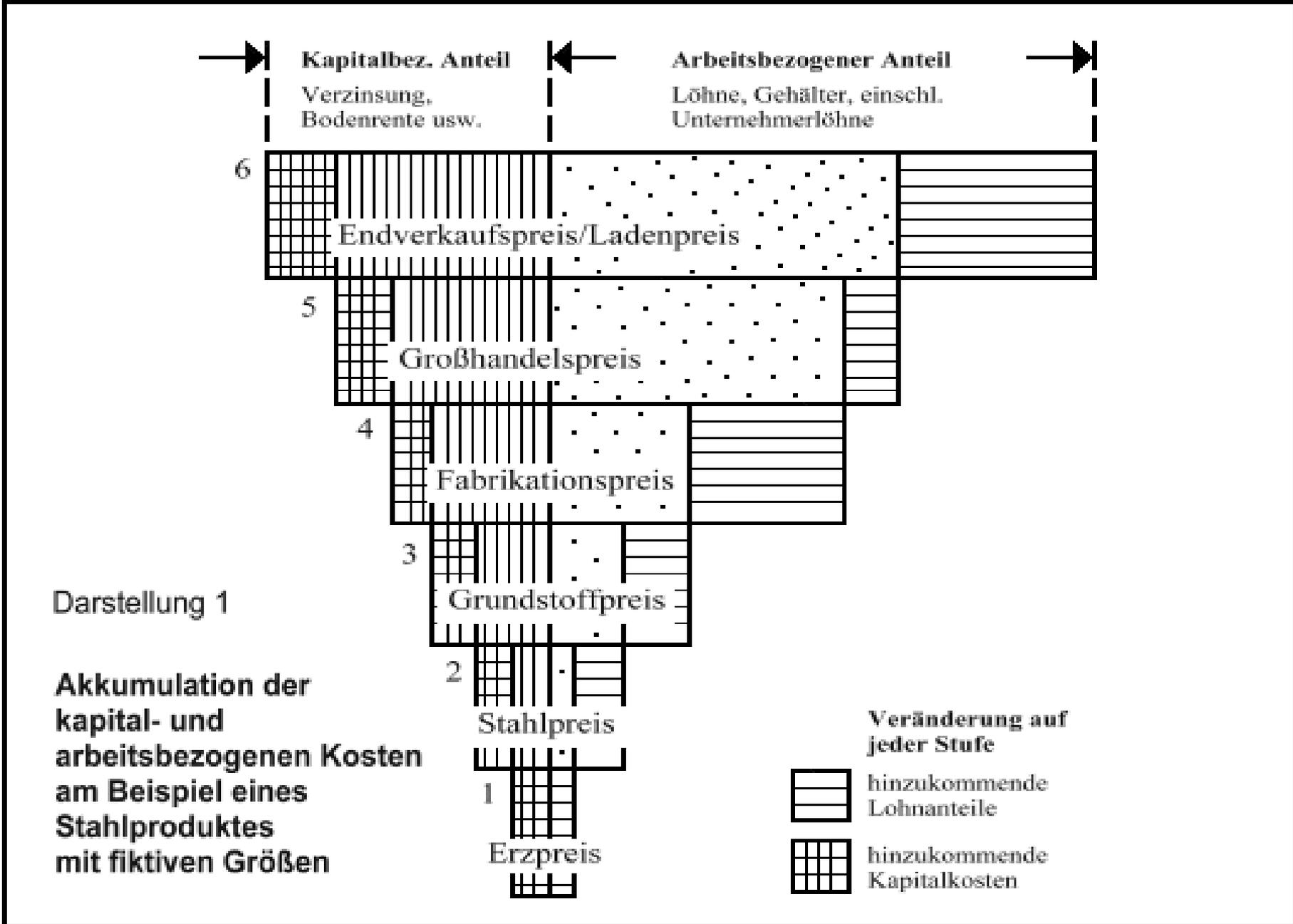
- **c**: das konstante Kapital bzw. die Festkosten (Infrastruktur, Ressourcen, vorgefertigte Teile, Lizenzen, Steuern, Werbung, Forschung etc.),
- **v**: das variable Kapital (Löhne, Gehälter, Arbeitnehmerentgelt) und
- **m**: der Mehrwert. Er erscheint auf der Seite der Investoren als Zins, Profit, Rendite, Dividende etc.

Entscheidend ist: dem Bürger wird der Mehrwert nicht nur als Produzent am Arbeitsplatz vom Lohn abgezogen, sondern er muss ihn als Konsument, enthalten im Preis der Ware, ein zweites Mal bezahlen.

Produktionskette/-netz

Der Mehrwert (m) wird auf jeder Produktionsebene vom Investor abgezweigt; summiert erscheint er zusätzlich in den Festkosten (c) aller Zwischenstufen wie auch der obersten Stufe. Im Mittel macht er dort nach Helmut Creutz etwa **40% der Endverbraucherpreise (W)** aus. Die Produktionskette bezieht sich nicht nur auf die Herstellung des Einzelprodukts, sondern auch auf die Errichtung der gesamten Infrastruktur.

$$\begin{array}{c} \mathbf{W} = \mathbf{c} + \mathbf{v} + \mathbf{m} \\ \uparrow \\ \mathbf{W}' = \mathbf{c} + \mathbf{v} + \mathbf{m} \\ \uparrow \\ \mathbf{W}'' = \mathbf{c} + \mathbf{v} + \mathbf{m} \\ \uparrow \\ \mathbf{W}''' = \mathbf{c} + \mathbf{v} + \mathbf{m} \\ \uparrow \\ \mathbf{W}'''' = \mathbf{c} + \mathbf{v} + \mathbf{m} \end{array}$$



Wachstum und Geldvermögen

Schemadarstellung

Die überproportionierte Entwicklung der Geldvermögen erzwingt ständig neue Wachstumsschübe zur Anpassung der Wirtschaftsleistung



Helmut Creutz:
Das Geldsyndrom
Econ 2003

Schleichende Umverteilung

„Wo Geld ohne Bedarf ist, dort stellt sich auch Einkommen ohne Leistung ein, und das wiederum bewirkt, daß noch mehr Geld ohne Bedarf und noch mehr Einkommen ohne Leistung entstehen.

Dieser

»Einkommensfähigkeit ohne eigene Leistung«

steht die Arbeitslosigkeit als

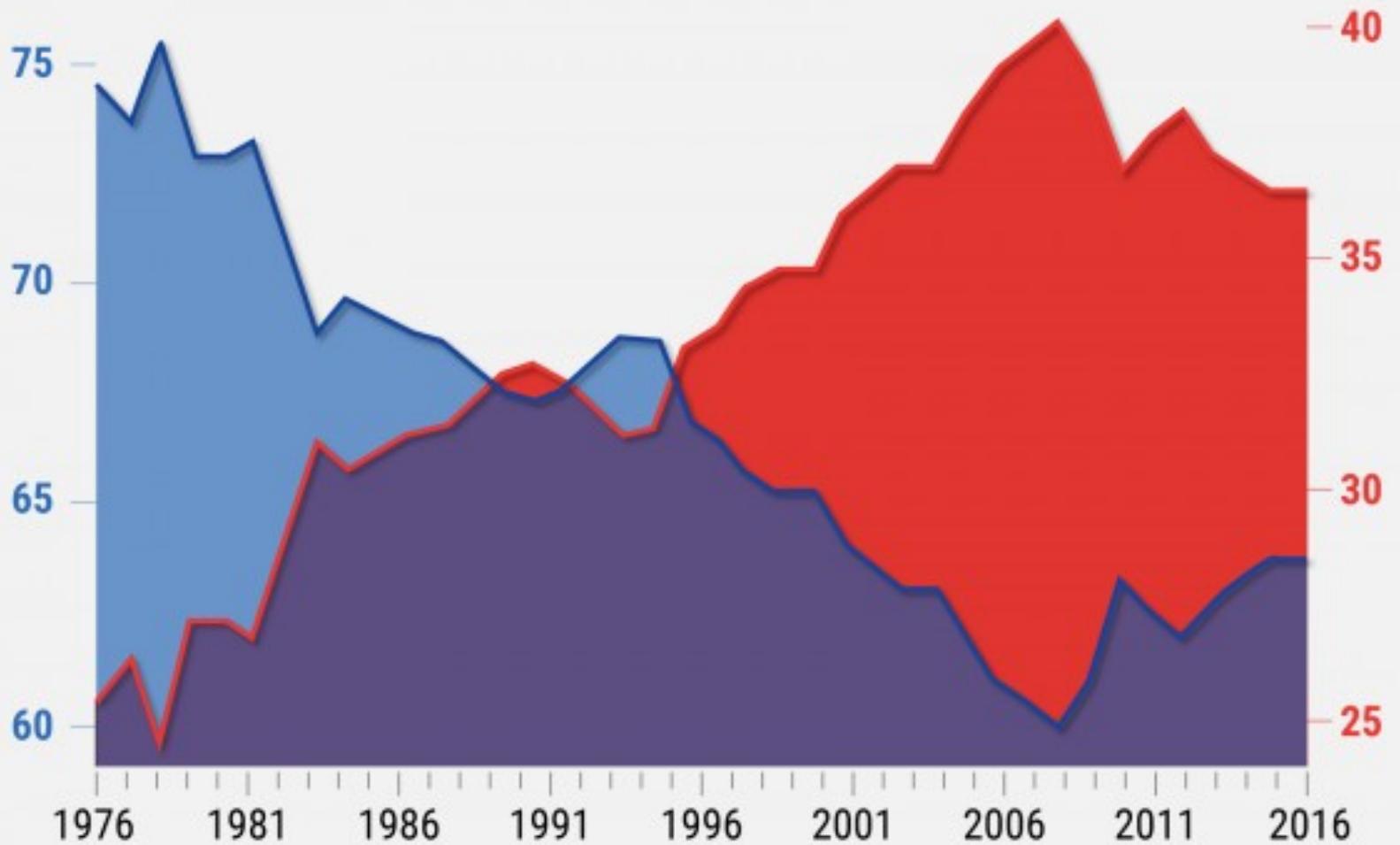
»eigene Leistungsfähigkeit ohne Einkommen«

gegenüber: Geld, das als Einkommen ohne Leistung gezahlt wird, fehlt dann zur Bezahlung von Einkommen aus Leistung.“

Lohnquote fällt, Gewinnquote steigt

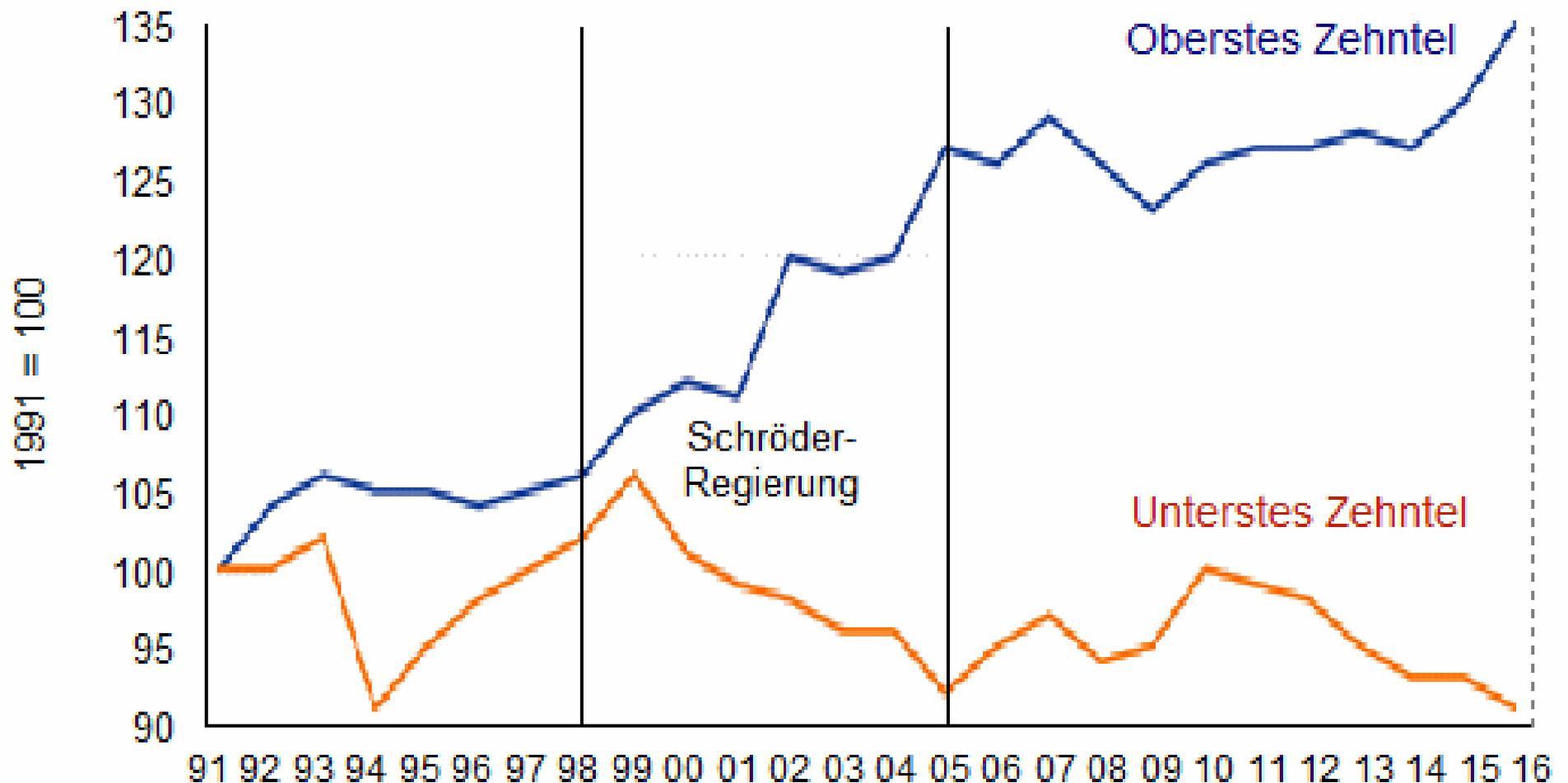
Entwicklung der Lohnquote (Arbeitnehmerentgelt) und der Gewinnquote (Kapitalerträge, Mieten, Pachten, Unternehmenseinkünfte), in Prozent

■ Lohnquote ■ Gewinnquote



Gabor Steingart:
Morning Briefing
vom 23.01.19

20339: Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Dezilen



Quelle: DIW Berlin, Wochenbericht 19/2019, Reale Einkommen in Preisen von 2010; Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Shareholder Value-Kriterien

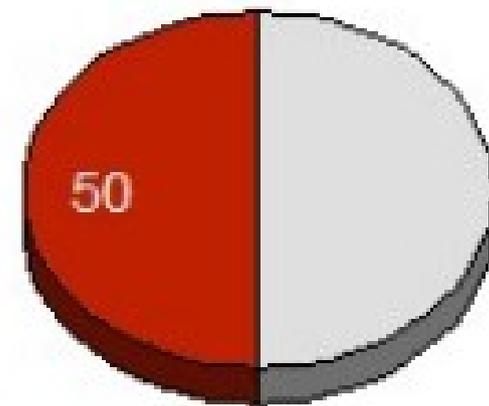
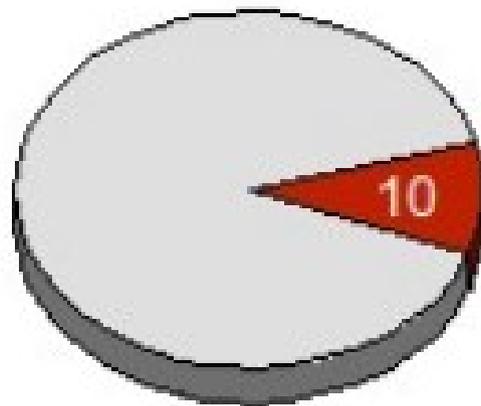
„Aktionäre als Eigentümer der Unternehmen müssen den ungeteilten Gewinn erhalten, denn jeder Dollar, den die Manager in Arbeit, Umwelt und öffentliche Belange stecken, nimmt den Aktionären das Recht, über ihr Eigentum zu entscheiden und ihre Gewinne etwa in anderen Unternehmen anzulegen, die ihnen rentabler erscheinen.“

Manager, die sich zu sehr für die Belegschaft, die Gemeinden oder den Umweltschutz einsetzen, vergehen sich am Eigentum der Aktionäre.“

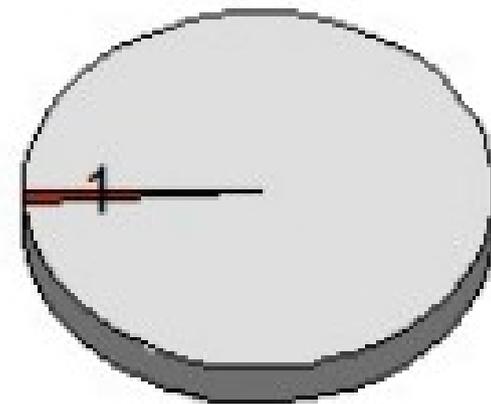
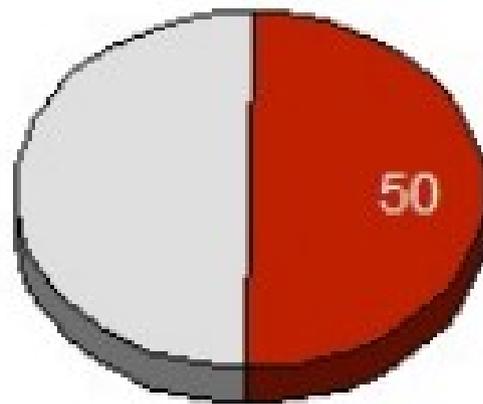
Jensen und Meckling, 1976, zit. n. Blomert, 2005

19592: Vermögensverteilung in %

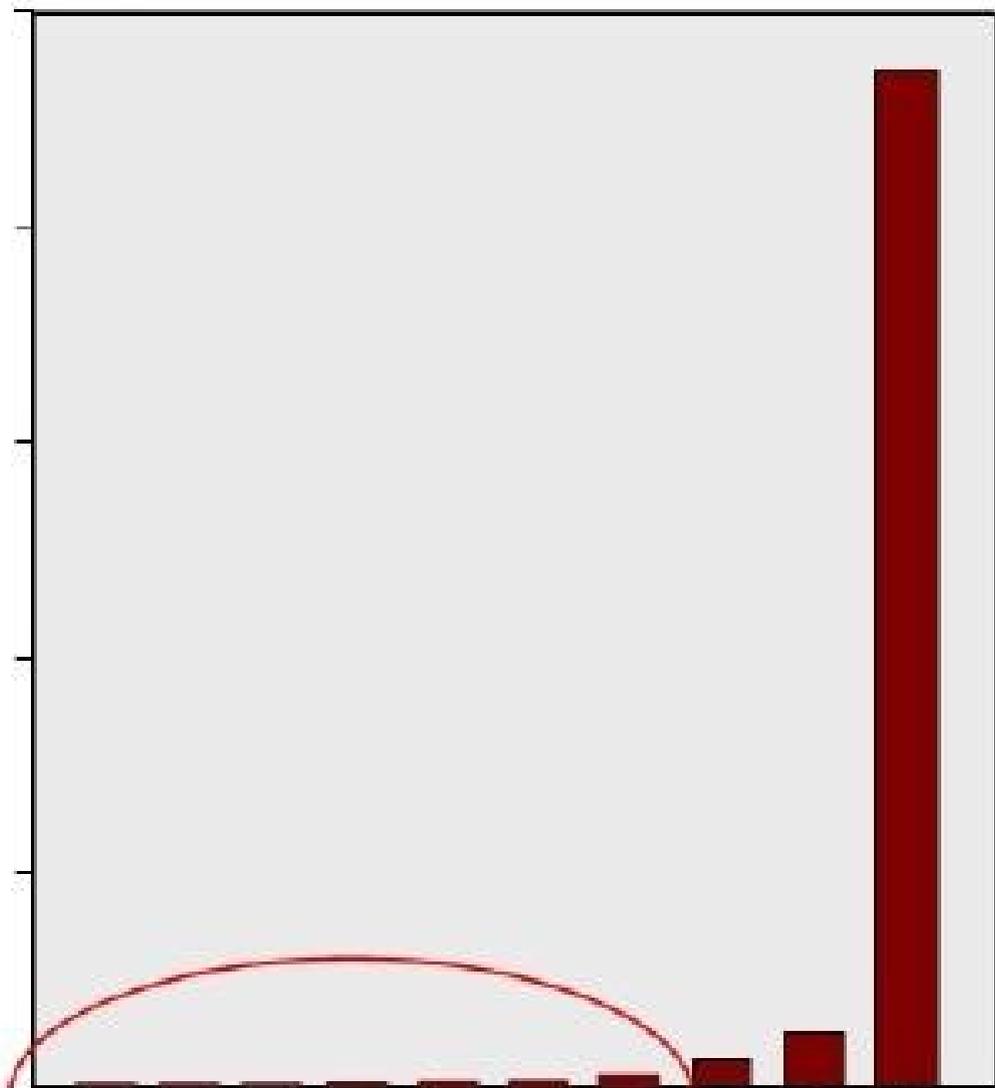
Anteil der oberen Haushalte und Anteil am Vermögen



Anteil der unteren Haushalte und Anteil am Vermögen



Verteilung des weltweiten Gesamtvermögens 2014



2014: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. der Weltbevölkerung Zehntel

Die Saugpumpe

„Bis 1929 - 1930 [also bis zum Beginn der Wirtschaftskrise] hatte **eine gewaltige Saugpumpe einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet** [...] und so die Kaufkraft aus den Händen der Mehrheit genommen. [...] **Die Massenproduktion** [der modernen Industriegesellschaft] **beruht aber auf einem Massenkonsum**, und dieser setzt die Verteilung des Reichtums voraus, [...] um die Menschen mit einer **Kaufkraft** auszustatten, **die der Menge der von der Wirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen entspricht**. [...] Wie in einem Pokerspiel, wo sich die Chips in immer weniger Händen konzentrieren, konnten die übrigen Spieler nur noch weiter machen, indem sie Schulden machten. Gab man ihnen keinen Kredit mehr, war es auch mit dem Spiel zu Ende.“

Marriner Stoddard Eccles

1934 von Roosevelt eingesetzt,
bis 1948 amtierender FED-Chef

Meyers Konversationslexikon 1891

*„Die Ursache für das **Sinken des Zinsfußes**
[damals bei **drei Prozent**] wird vorzüglich darin gefunden,
dass die besonders rentablen Capitalanlagen großen
Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von
geringer Ergiebigkeit übrig bleiben. [...]*

*[Es müssten also] die neuen Länder, beispielsweise Afrika,
sehr rasch durch europäische Capitalien erschlossen werden,
damit einem solchen Sinken des Zinsfußes begegnet werde.
[Doch da auch das zu einer **Umkehr des Zinstrends** nicht
ausreichen würde,] spricht denn alles dafür, dass wir noch
einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen.*

***Nur ein allgemeiner europäischer Krieg
könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die
ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.“***

Nach Helmut Creutz, 2003

„Kriegskorridor“

„Inzwischen hat sich ein rund **zehntausend Kilometer langer Korridor** von »gescheiterten Staaten« gebildet, der sich vom **Kongo über Mali, Lybien, den Sudan und Somalia bis nach Syrien, Irak und Afghanistan** erstreckt. Seit der globalen Finanzkrise 2008 frisst sich der Staatsverfall auch bis an die Ränder Europas vor. Der Bürgerkrieg in der Ukraine ist ein typisches Beispiel dafür.“

Papst Franziskus

Papst Franziskus hat das geldzentrierte Wirtschaftssystem für Armut und Ausgrenzung in der Welt verantwortlich gemacht. *"Wir können nicht ignorieren, dass **ein so strukturiertes Wirtschaftssystem tötet**, weil es das Geld in den Mittelpunkt stellt und nur dem Geld gehorcht."*

Spiegel, 07.09.2018

Aristoteles (334 v. Chr.)

„Das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden, durch den Zins vermehrt es sich dagegen durch sich selbst. [...] Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur.“

**Aristoteles, Politik, 1. Buch,
Kap. 3, 1259 a**

Bibel

2. Buch Mose (Exodus) 22 , Vers 24:

»Wenn du Geld verleihst an einen aus meinem Volk, an einen Armen neben dir, so sollst du an ihm nicht wie ein Wucherer handeln; du sollst keinerlei Zinsen von ihm nehmen.«

5. Buch Mose (Deuteronomium) 23, Vers 20:

»Du sollst von deinem Bruder nicht Zinsen nehmen, weder für Geld noch für Speise noch für alles, wofür man Zinsen nehmen kann.«

Martin Luther

Luther schrieb 1540: *„Darum ist ein Wucherer und Geizhals wahrlich kein rechter Mensch; er sündigt auch nicht eigentlich menschlich! Er muß ein Werwolf sein, schlimmer noch als alle Tyrannen, Mörder und Räuber, schier so böse wie der Teufel selbst! Er sitzt nämlich nicht als ein Feind, sondern als ein Freund und Mitbürger im Schutz und Frieden der Gemeinde und raubt und mordet dennoch gräulicher als jeder Feind und Mordbrenner. Wenn man daher die Straßenräuber, Mörder und Befehder rädert und köpft, um wieviel mehr noch sollte man da erst alle Wucherer rädern und foltern, alle Geizhälse verjagen, verfluchen und köpfen.“*

Katholische Kirche

Im Mittelalter versuchte man, das **strenge Zinsverbot der Kirche und des Staates** durch allerhand Titel und Verträge zu umgehen. Die **französische Revolution** räumte die letzten Schranken dieser Titel und Verträge weg. Die **Zinswirtschaft/der Kapitalismus** erlangt die volle Herrschaft über die Gesellschaft.

Die Katholische Kirche hatte zwar noch in ihrem Gesetzbuch (Codex Juris Canonici von 1543) in der Fassung von **1917/18** die Regelung, dass ein **Darlehensvertrag keinen Gewinn rechtfertige**, allerdings verbunden mit dem Zusatz, dass **weltliches Gesetz eine abweichende Vereinbarung erlauben könne**. Beides wurde im Zuge der Neufassung von **1983 ersatzlos gestrichen**, das Zinsverbot damit also endgültig vollständig aufgehoben.

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

2009 hatten **Theologen und gläubige Wirtschaftswissenschaftler** in einem **Thesenanschlag an der Frankfurter Paulskirche** gefordert, die Kirche solle aus dem Zinssystem aussteigen und **Christen sollten keine Zinsen mehr zahlen oder bezahlen lassen.**

Der Leiter der Finanzabteilung der EKD, Thomas Begrich, hat sich skeptisch zu einem Zinsverbot geäußert. Er glaube, dass ein solcher **Ausstieg aus dem Wirtschaftssystem nicht praktikabel** sei.

Genossenschaftsgesetz

Das **einzigste deutsche Gesetz, das ein Zinsverbot enthält (§ 21)** ist das Genossenschaftsgesetz.

Dies kann jedoch leider seit **1973 (§ 21a)** **durch die Satzung aufgehoben** werden und damit auf die Geschäftsanteile der Mitglieder eine Dividende ausgezahlt und die

Umverteilung von unten nach oben wieder hergestellt werden. **Hierdurch wird damit der ursprünglich angestrebte profitfreie Raum dem Profit wieder geöffnet.**

Gemeingut DDR?

Wie fatal sich das **Fehlen partizipativer Entscheidungsstrukturen** auswirken kann, lässt sich vielleicht am besten am Beispiel der DDR veranschaulichen: **Artikel 12** der wohl von **Karl Polak** entworfenen Verfassung der DDR lautete:

*„Die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandssockels, Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, der Seeschifffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen sind **Volkseigentum**. Privateigentum daran ist unzulässig.“*

In diesem Zusammenhang Peter Linebaugh:

„There are no commons without commoning“

Westliches und östliches Eigentumsrecht

Die Mauer hat nicht nur Deutschland gespalten, sondern – wohl von kaum jemand ausreichend registriert – **westliches von östlichem Eigentumsrecht getrennt.**

Es wird in Artikel 12 der Verfassung der DDR auch nicht von **Staatseigentum**, sondern von **Volkseigentum** gesprochen.

Im Grundgesetz Artikel 15 werden die Begriffe **Vergesellschaftung** und **Gemeingut** verwendet.
Ist Volkseigentum vergesellschaftetes Eigentum bzw. Gemeingut?

Wertgesetz des Kapitalismus

Der Wert jeder kapitalistisch produzierten Ware W stellt sich dar in der Formel:

$$W = c + v + m$$

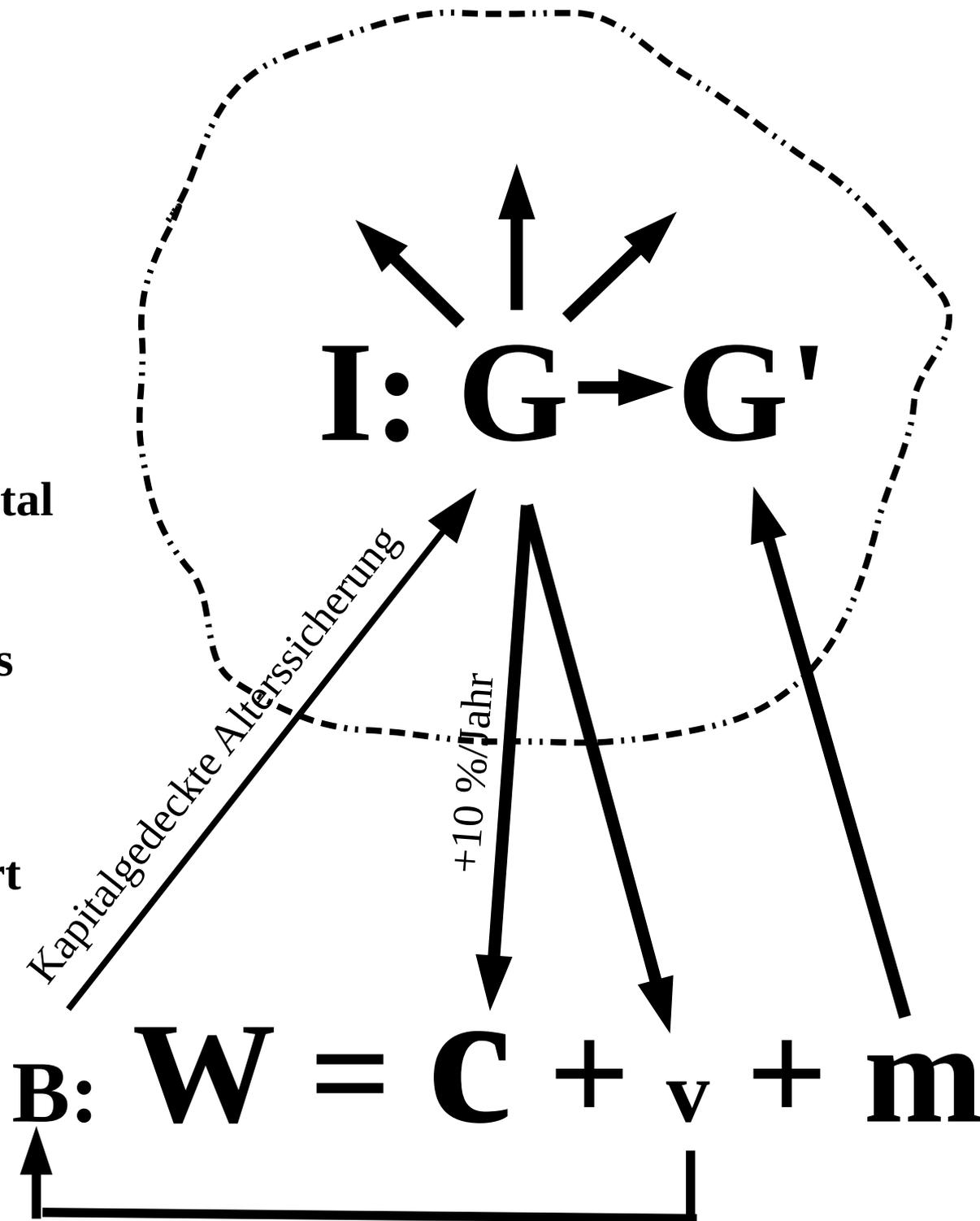
(K. Marx, Kapital III, MEW 25, 34)

Dabei bedeutet:

- **c**: das konstante Kapital bzw. die Festkosten (Infrastruktur, Ressourcen, vorgefertigte Teile, Lizenzen, Steuern, Werbung, Forschung etc.),
- **v**: das variable Kapital (Löhne, Gehälter) und
- **m**: der Mehrwert. Er erscheint auf der Seite der Investoren als Zins, Profit, Rendite, Dividende etc., wird verprasst oder verschwindet in Off-Shore-Zentren.

Entscheidend ist: dem Bürger wird der Mehrwert nicht nur als Produzent am Arbeitsplatz vom Lohn abgezogen, sondern er muss ihn als Konsument, enthalten im Preis der Ware, ein zweites Mal bezahlen.

I: Investor
G: Geldkapital
B: Bürger
W: Wert
**c: konstantes
Kapital**
**v: variables
Kapital**
m: Mehrwert



Wertgesetz der Gemeingutökonomie

Wenn der **Konsument als interner Investor** die Produktion und mit der Zeit auch die Infrastruktur und die Ressourcen für die Produktion der Dinge, die er zu seiner Reproduktion benötigt, selbst **(vor-)finanziert**, fällt der **Zwang, externe Investoren finanzieren zu müssen und damit auch der Mehrwert, weg**. Es kann der **Konsument mit dem Produzenten dann darüber sprechen, ob die Löhne (v) erhöht oder die Preise (W) gesenkt werden bzw. zur Arbeitserleichterung die Infrastruktur (c) ausgebaut wird**.

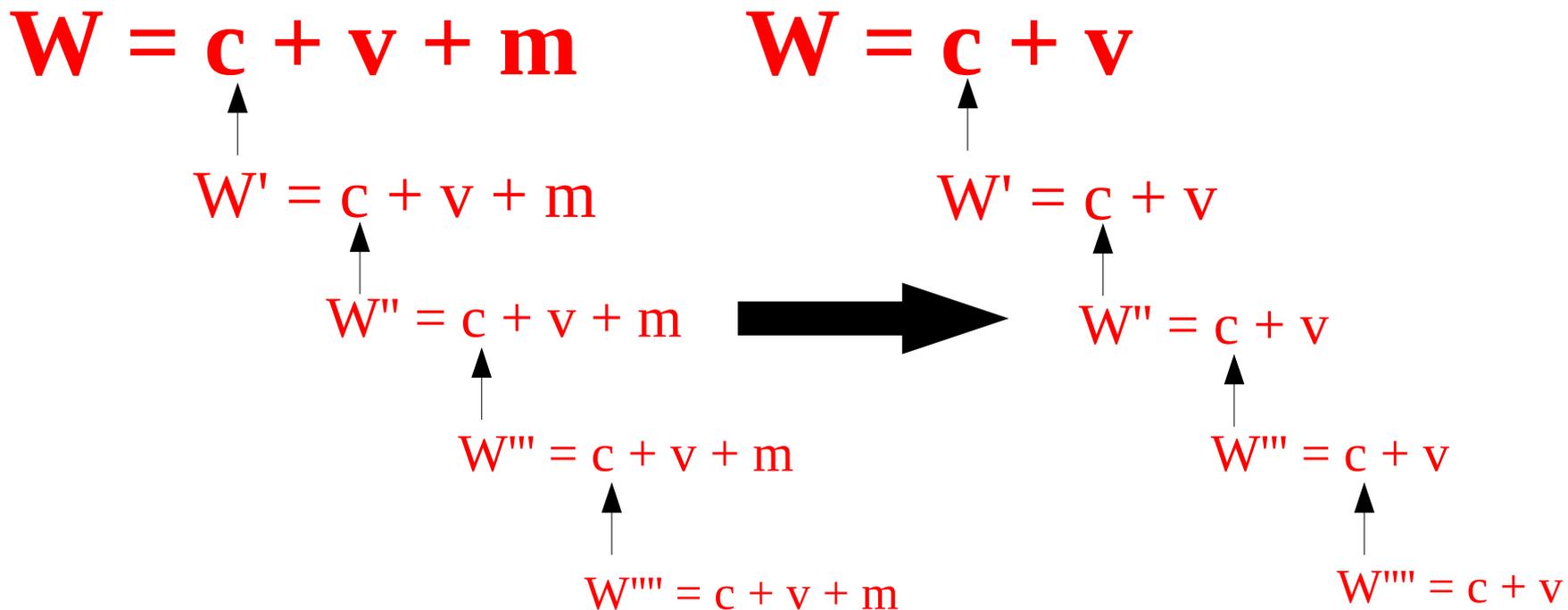
~~I: Investor~~
~~G: Geldkapital~~
B: Bürger
W: Wert/Preis
c: konstantes
Kapital
v: variables
Kapital
~~m: Mehrwert~~

B: W = c + v

The diagram features the equation $B: W = c + v$ in large, bold, black font. A thick black arrow starts from the top of the 'B' and points down to the 'W'. Another thick black arrow starts from the top of the 'W' and points down to the 'B', forming a loop that encloses the equation.

Die Produktionskette

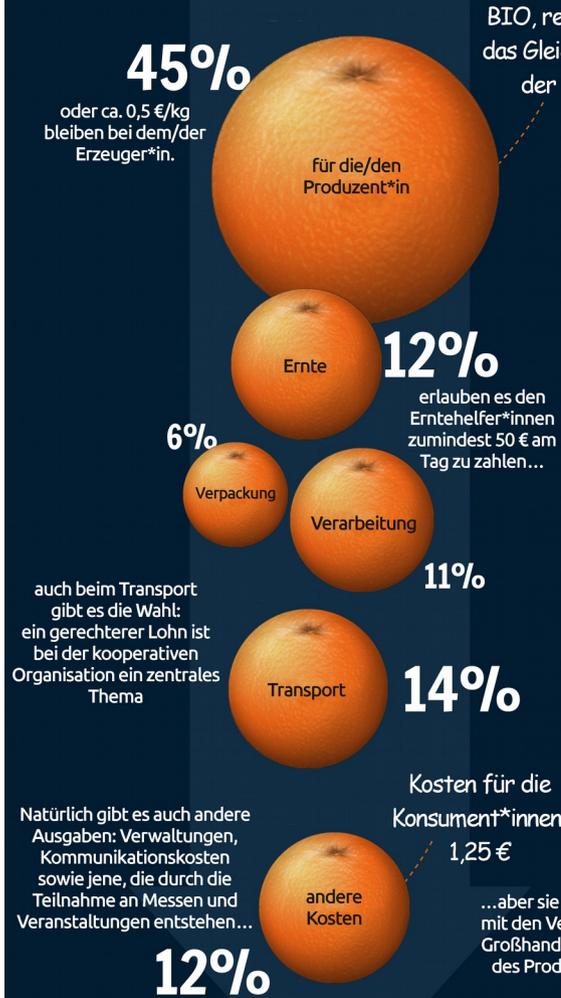
In der Gemeingutökonomie wird der Mehrwert **am wirksamsten von der Dienstleistungsseite her** aus den Produktionsketten eliminiert, da hier zunächst die geringsten Kosten anfallen.



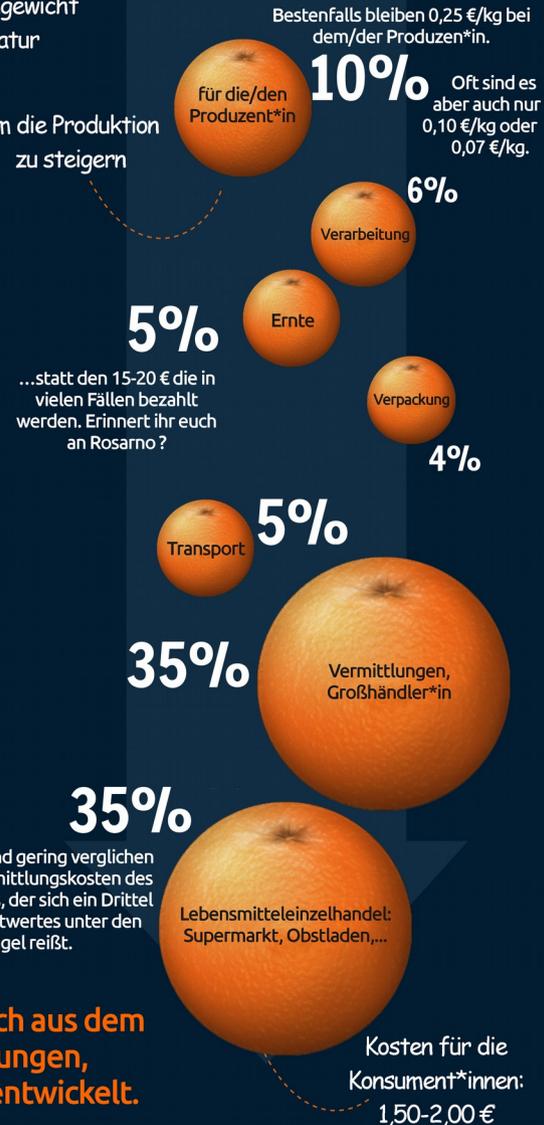
Kurze Geschichte zweier Orangen

Es gibt einen Unterschied. Dieser Unterschied zeigt sich von Anfang an und während der ganzen Reise. Es ist nicht nur eine Frage des Preises oder der Qualität. Der Unterschied besteht darin, ob man sich nun allein inmitten von Wölfen fühlt oder Teil eines Netzwerkes ist, das sich vom Joch eines Wirtschaftssystems befreit, welches im Namen der Profitmaximierung jede*n zermalmt, die/der sich der blinden Erlangung dieses Zieles entgegenstellt.

Der Weg über Foodcoops

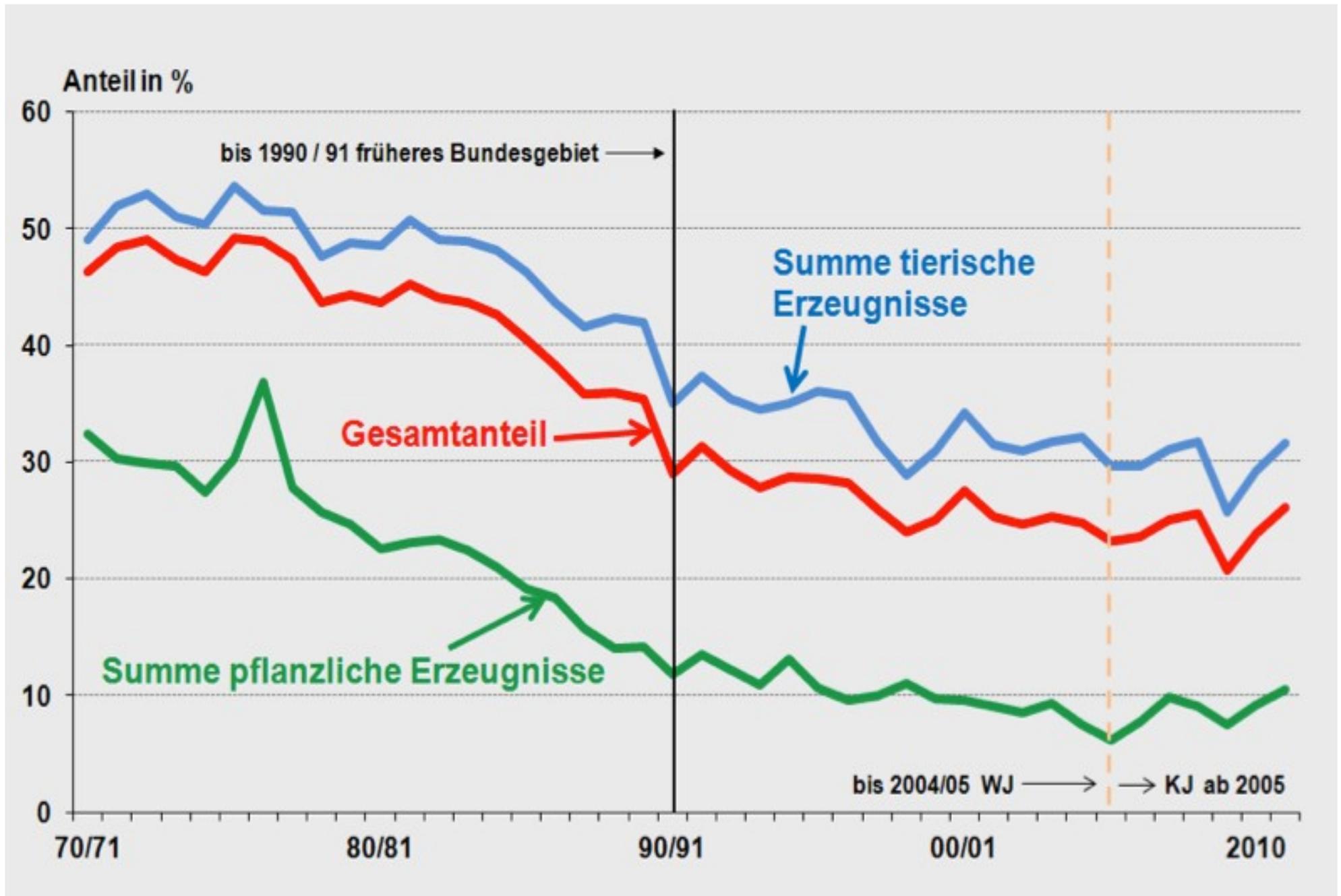


Der Weg über den Großhandel



Aber was am meisten zählt ist, dass sich aus dem Ganzen, ein Netzwerk aus Beziehungen, Freundschaften und Kooperationen entwickelt.

Anteil des Verbraucherpreises, den der Produzent im landwirtschaftlichen Bereich erhält



Selbstversorgung der Verbraucher

„*Wir müssen uns um unsere eigenen Interessen kümmern und die Kompetenz erwerben, wie wir unsere Grundbedürfnisse möglichst unabhängig vom Markt befriedigen können.* Es geht mir darum, dass sich die Menschen buchstäblich in Sicherheit bringen, indem sie ihre Geldabhängigkeit verringern - und dadurch weniger erpressbar werden. *Nicht immer mehr Luxusgüter, sondern gesunde Lebensmittel, Wasser, bezahlbarer Wohnraum und lokale Mobilität gilt es politisch zu sichern.* Wenn ich etwas auf dem Markt kaufe, benötige ich Einkommen und muss auch die Gewinnerwartungen der Unternehmen bezahlen. *Wenn ich beispielsweise eine Bürgerenergieanlage betreibe, kostet deren Anschaffung Geld, aber danach geht es nicht um Profite, sondern um Selbstversorgung.“*

Lex Janssen, taz, 19.07.2014

Reichtum der Armen

„Da die Arbeitskraft der Armen die Goldgrube für die Reichen darstellt, [...] warum sollten also die Armen nicht imstande sein, sich selber zu erhalten, indem sie diese Reichtümer zum eigenen Vorteil ausnützten, und dabei noch etwas übrig behielten? Man brauchte sie nur in Form eines »Vereins« oder einer Kooperation zu organisieren, in der sie ihre Tätigkeiten gemeinschaftlich ausüben könnten.“

Rückgewinnung des Gemeinguts

Parallel zum Prozess der kapitalistischen Akkumulation haben sich **seit etwa 1760 auch Gegenkräfte** entfaltet, die Infrastruktur und Ressourcen, die von ihnen zum Überleben benötigt wurden, in ihr **gemeinsames Eigentum** überführten, indem sie die **externen Investoren** durch sich selbst als **interne Investoren** ersetzten, um damit **profitfreie Räume** zu schaffen. Diese Entwicklung wird hier als **Gemeingutökonomie** bezeichnet.

Elinor Ostrom hat sich in „Governing the Commons“ zusätzlich mit den **Entscheidungsstrukturen** solcher Bereiche befasst. Wichtig war für sie, dass es **zwischen Privat und Staat eine dritte Ebene, die Gesellschaft, gibt, die sich selbst versorgt und eigene, vom Staat unterschiedliche Entscheidungsstrukturen entwickelt.**



Elinor Ostrom bei der Nobelpreisverleihung

Elinor Ostrom (* 7. 8.1933 in Los Angeles, Kalifornien, USA, † 12.6.2012 in Bloomington, Indiana, USA) war Professorin für Politikwissenschaft an der Indiana University in Bloomington. Von 1996 bis 1997 war sie Präsidentin der American Political Association.

2009 wurde ihr als erster Frau der Wirtschaftsnobelpreis zuerkannt. In der Würdigung der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften heißt es: Ostrom habe gezeigt, **„wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzerorganisationen erfolgreich verwaltet werden kann“.**

Mit Ostroms Hauptwerk *„Governing the commons. The evolution of institutions for collective action“* wird weltweit ein neues Denken angestoßen: **Es geht nicht mehr allein um staatliche Regulierungsfragen, sondern darum, wie die Erde als Ganzes von den Menschen nachhaltig und solidarisch genutzt und gepflegt werden kann.**

Tabelle 5.2. Bauprinzipien und Qualität der Institutionen

| | klar definierte Grenzen und Teilnehmer | kongruente Regeln | Arenen für kollektive Entscheidungen | Überwachung | Abgestufte Sanktionen | Konfliktlösungsmechanismen | Anerkanntes Organisationsrecht | Eingebettete Unternehmen | Qualität der Institutionen |
|---|--|-------------------|--------------------------------------|-------------|-----------------------|----------------------------|--------------------------------|--------------------------|----------------------------|
| Törbel, Schweiz | ja | ja | ja | ja | ja | ja | ja | nr ^a | robust |
| japanische Bergdörfer | ja | ja | ja | ja | ja | ja | ja | nr | robust |
| Valencia, Murcia u. Orihuela, Spanien | ja | ja | ja | ja | ja | ja | ja | ja | robust |
| Raymond-, West-Coast- u. Central-Becken (gegenwärtig) | ja | ja | ja | ja | ja | ja | ja | ja | robust |
| Alicante, Spanien | ja | ja | ja | ja | ja | ja | ja ^b | ja | robust |
| Bacarra-Vintar, Philippinen | ja | ja | ja | ja | ja | ja | ja | ja | robust |
| Alanya, Türkei | nein | ja | schwach | ja | ja | schwach | schwach | nr | fragil |
| Gal Oya, Sri Lanka | ja | ja | ja | ja | c | schwach | schwach | nr | fragil |
| Port Lameron, Kanada | ja | ja | schwach | ja | ja | ja | nein | nein | fragil |
| Bucht von Izmir u. Bodrum, Türkei | nein | nein | nein | nein | nein | nein | schwach | nein | gescheitert |
| Mawelle, Sri Lanka | nein | ja | nein | ja | ja | nein | nein | nein | gescheitert |
| Kirindi Oya, Sri Lanka | ja | nein | nein | nein | nein | nein | nein | nein | gescheitert |
| Raymond-, West-Coast u. Central-Becken (früher) | nein | nein | nein | nein | nein | ja | ja | nein | gescheitert |
| Mojave-Grundwasserbecken | nein | nein | ja | nein | nein | ja | ja | nein | gescheitert |

^a nr = nicht relevant

^b mit zwei größeren Ausnahmen von 1739 bis 1840 und von 1930 bis 1950

^c Informationen fehlen

Ostroms Bauprinzipien langlebiger Allmenderessourcen-Institutionen

1. **Klar definierte Grenzen und ein wirksamer Ausschluss von externen Nichtberechtigten**
2. Regeln bezüglich Aneignung und Bereitstellung der Allmenderessourcen müssen an die lokalen Bedingungen angepasst sein
3. **Die Betroffenen nehmen an Vereinbarungen zur Ausarbeitung und Änderung der Regeln teil**
4. **Überwachung der Einhaltung der Regeln durch die Betroffenen**
5. **Abgestufte Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstößen**
6. **Mechanismen zur Konfliktlösung**
7. Die Selbstbestimmung der Gemeinschaft wird durch übergeordnete Regierungsstellen anerkannt
8. Einbettung in ein komplexeres System

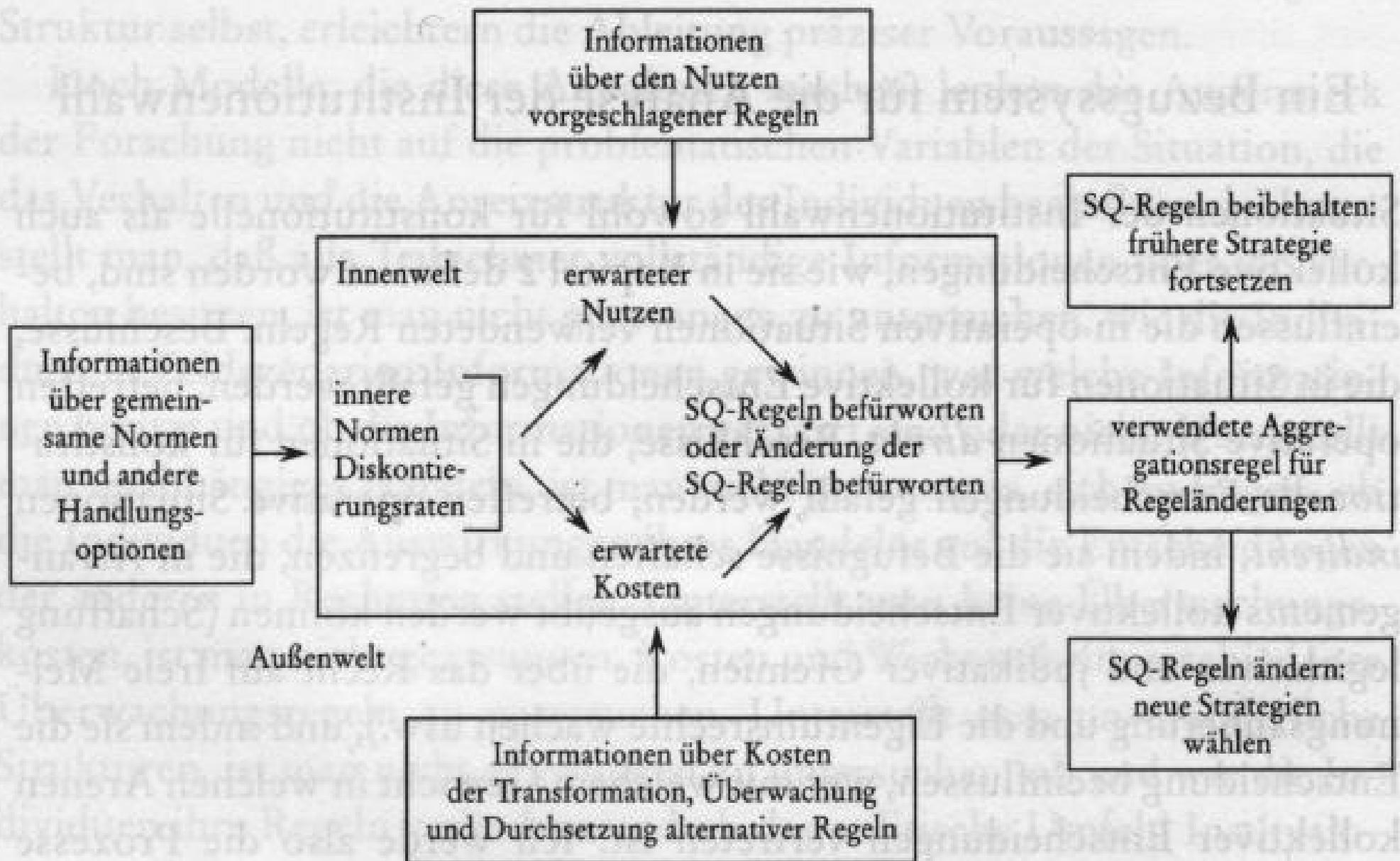


Bild 6.1. Übersicht über die Variablen, die die Institutionenwahl beeinflussen

Anerkennung und Vertrauen

Die Entscheidungsstrukturen (Regeln, Kontrollen, abgestufte Sanktionen etc.) müssen so beschaffen sein, dass die Mitglieder einer Gruppe/Keimzelle sich gegenseitig anerkennen und Vertrauen zueinander fassen.

Das setzt voraus, dass der Entscheidungsraum geschlossen und transparent ist und jedeR sich zurechtfindet und mitentscheiden kann.

Besondere Beachtung erfordern nach Ostrom **Trittbrettfahrer, Drückeberger und Opportunisten**, die die Atmosphäre stark beeinträchtigen können.

Wie weit sind bei uns gesetzlich fixierte Regeln geeignet, ein Governing oder „Commoning“ zu verwirklichen?

Gesetzliche Regelung von Entscheidungsstrukturen

Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Altrechtlicher Verein

Eingetragener (ideeller) Verein (e.V.)

Wirtschaftlicher Verein

Nicht eingetragener Verein

Eingetragene Genossenschaft (eG)

Kooperationsgesellschaft (mbH)

Stiftung

Unternehmergesellschaft (mbH)

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Aktiengesellschaft (AG)

Die Genossenschaft

Die Genossenschaft ist ein über mehr als 2 Jahrhunderte im gesellschaftlichen Dialog erprobtes Grundmodell einer Entscheidungsstruktur vor allem für ökonomische Projekte.

Sie stellt einen Zusammenschluss von natürlichen und/oder juristischen Personen dar, deren Ziel der Erwerb oder die wirtschaftliche, soziale und/oder kulturelle Förderung ihrer Mitglieder durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb ist. Hierbei wird zwischen Verbraucher-, Bau-, Bank-, Absatz- und Produktionsgenossenschaften etc. unterschieden.

Als Rechtsgrundlage gilt das Genossenschaftsgesetz (GenG) von 1867 bzw. 1889 (Letzte Novellierung: 2017)

In Deutschland ist etwa jeder 4. Bürger (insgesamt 22 Mio.), auf europäischer Ebene jeder 3. (140 Mio.) und auf globaler Ebene jeder 7. Erdenbürger (800-1000 Mio.)

Genossenschaftsmitglied.

Struktur einer Genossenschaft

Mitgliederversammlung
(Vertreterversammlung,
möglich ab 1500 Mitgliedern)

Vorstand/Geschäftsführung

Aufsichtsrat

Genossenschaftsverband

(Prüfverband)

Ein Verein hat nur die Mitgliederversammlung und den Vorstand. Die Genossenschaft hat zusätzlich den Aufsichtsrat, der ursprünglich zwischen den jährlichen Mitgliederversammlungen die Interessen der Mitglieder gegenüber dem Vorstand vertreten sollte. Vertreterversammlungen sollten zugunsten von Ausschüssen oder Arbeitsgruppen vermieden werden. Der Genossenschaftsverband überwacht die wirtschaftlichen Aktivitäten der Genossenschaften.

Ursprüngliche Genossenschaftsprinzipien

- **Identitätsprinzip**
- Freiwillige und offene Mitgliedschaft
- **Demokratieprinzip**
 - Förderprinzip
 - **Rückvergütung**
- **Beschränkte Kapitalverzinsung**
- Politische und konfessionelle Neutralität
 - Barzahlung
 - Bildungsarbeit

Das Identitätsprinzip

Das Identitätsprinzip besagt, dass in Genossenschaften grundsätzlich zwei sonst durch den kapitalistischen Markt getrennte ökonomische Rollen des Individuums - die des Konsumenten und die des Produzenten - in einer Organisation vereint sind.

Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft und der Zeichnung von Geschäftsanteilen ist das Mitglied **finanzieller Träger** der Genossenschaft.

Das Mitwirken in der Generalversammlung, im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat ist nur einem Mitglied möglich und macht es damit zum **personellen Träger** der Genossenschaft.

Grundsätzlich ist das Mitglied auch der **Kunde** der Genossenschaft (Mitgliedergeschäft).

Geschäfte mit Nicht-Mitgliedern sind prinzipiell als genossenschaftsfremd anzusehen. Will eine Genossenschaft Nichtmitgliedergeschäfte tätigen (z.B. Probekäufe zulassen), muss dies in der Satzung ausdrücklich festgehalten werden.

Das **Mitglied** produziert in der Genossenschaft oder lässt in der Genossenschaft Güter und Dienstleistungen für sich produzieren und kann damit **Produktdesigner, Auftraggeber und/oder Produzent** in der Genossenschaft sein.

Konsumenten werden so **Eigentümer, Entscheider, und Produzent**.

In Wohnungs(bau)genossenschaften werden die Mieter ihr eigener Vermieter und - über die Mitgliederversammlung - ihr eigener Hausverwalter, ja sogar ihr eigener Bauherr. In Genossenschaftsbanken werden die Schuldner zum eigenen Gläubiger und - über die Mitgliederversammlung - prinzipiell Auftraggeber bzw. Verwalter der Bank. Auch in Wasser- und Energiegenossenschaften sind solche Strukturen verwirklicht. Die Rolle des Konsumenten und des Produzenten verschmelzen miteinander.

Demokratieprinzip

Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft oder der GmbH hat nach dem Demokratieprinzip der Genossenschaften **jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der erworbenen Geschäftsanteile**. Allerdings wurde dieses Prinzip mit der letzten Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (2006) durch die Möglichkeit eines Mehrstimmrechtes für Investoren durchbrochen. Anders als in Parteien und Gewerkschaften galt in den Genossenschaften **seit ihren Anfängen gleiches Stimmrecht für Frauen und Männer**. Alle Mitglieder haben grundsätzlich gleiche Rechte und Pflichten. Durch die Vertreterversammlung mutiert die direkte Demokratie zur repräsentativen Demokratie.

Rückvergütung

Genossenschaften waren ursprünglich als gegen den Kapitalismus gerichtete profitfreie Räume gedacht.

Überschüsse sollten den Mitgliedern als Abnehmer ihrer Produkte oder Dienstleistungen in einer, an der

Inanspruchnahme der Genossenschaftsleistungen orientierten Rückvergütung (nicht an den Geschäftsanteilen orientierten Rendite) zurückgegeben werden. Sie wurde 1812 erstmals in einer Genossenschaft praktiziert, die wohl dadurch 153 Jahre existierte. Diese Rückvergütung (der Gewinn kommt ja durch zu hoch kalkulierte Preise zustande) ist auch heute noch steuerfrei, kann also **vor Steuern vom Gewinn abgezogen** werden. Die Rückvergütung ist gegenüber dem Finanzamt ein Alleinstellungsmerkmal der

167
Genossenschaften.

Beschränkte Kapitalverzinsung

Die Diskussion um eine Gewinnbeteiligung von Investoren oder auf Genossenschaftsanteile wurde auf dem 5. Internationalen Genossenschaftskongress **1899** mit den Worten des Hamburger SPD-Mannes **Adolph von Elm** beendet:

Das Prinzip der Gewinnbeteiligung liege außerhalb des Tätigkeitsbereichs der Genossenschaften.

(Die Gewinnbeteiligung wurde 1973 dem neoliberalen Mainstream entsprechend sogar ins Gesetz aufgenommen.)

Faucherre 1960

Ausschüsse statt Vertreterversammlung

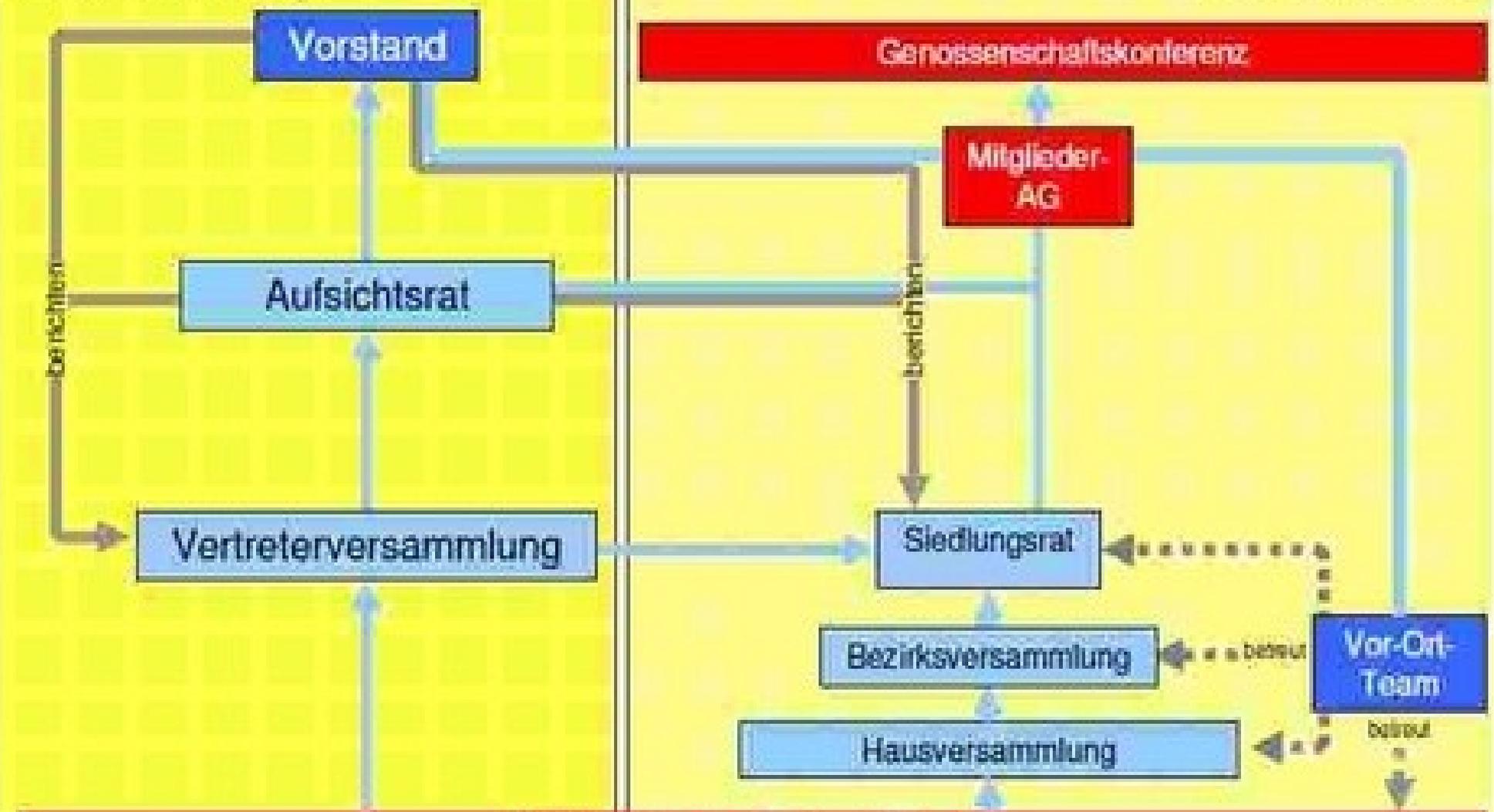
Statt der Vertreterversammlung sollten (und zwar von der Mitgliederversammlung) nur noch Ausschüsse oder Arbeitsgruppen eingerichtet werden.

In Wohnungsgenossenschaften wäre das beispielsweise für folgende Aufgaben sinnvoll:

- **Belegung**
- **Finanzen/Preisgestaltung**
 - **Baumaßnahmen**
- **Ökologie/Wärmedämmung/Heizen/Solarenergie**
 - **Begrünung des Geländes**
- **Lebensmittelbeschaffung/Konsum**
 - **Soziales**
 - **Bildung**
 - **Kultur etc.**

Gesetzliche Selbstverwaltung

Erweiterte Selbstverwaltung



Gremien nach Genossenschaftsgesetz

Gremien der Erweiterten Selbstverwaltung

Hauptamtliche Mitarbeiter

Das »Preston-Modell«

Stadtrat Brown in Preston, Lancashire, war beeindruckt von einem Netzwerk von Unternehmen in Cleveland, Ohio, das durch die **Lokalisierung der Kaufkraft** von großen gemeinnützigen Krankenhäusern und Universitäten der Stadt erlaubt, **Arbeitsplätze zu schaffen.**

Brown und seine Verbündeten gründeten eine Kreditgenossenschaft, um die **Ersparnisse der Bewohner lokal zirkulieren zu lassen.** Sie gründeten eine städtische Energiegesellschaft, um die Profite zu halten, die sonst die Taschen der institutionellen Investoren füllen würden. Sie untersuchten auch, wo die **Renten der Stadtarbeiter** investiert wurden und sammelten 100 Millionen Pfund **in Pensionsfonds**, die in **neue Entwicklungen im Stadtzentrum** investiert werden sollten.

Corbyn hat dem »Preston-Modell« entsprechend einen ehrgeizigen Plan zur Umgestaltung der englischen Wirtschaft ausgearbeitet, der von einer regionalen und nationalen Entprivatisierung bis hin zur gemeinsamen öffentlichen Kontrolle reicht.

Vollversammlung der Verbrauchergemeinschaft
(Gemeindeausschüsse zur Formulierung des allgemeinen Lebensbedarfs)

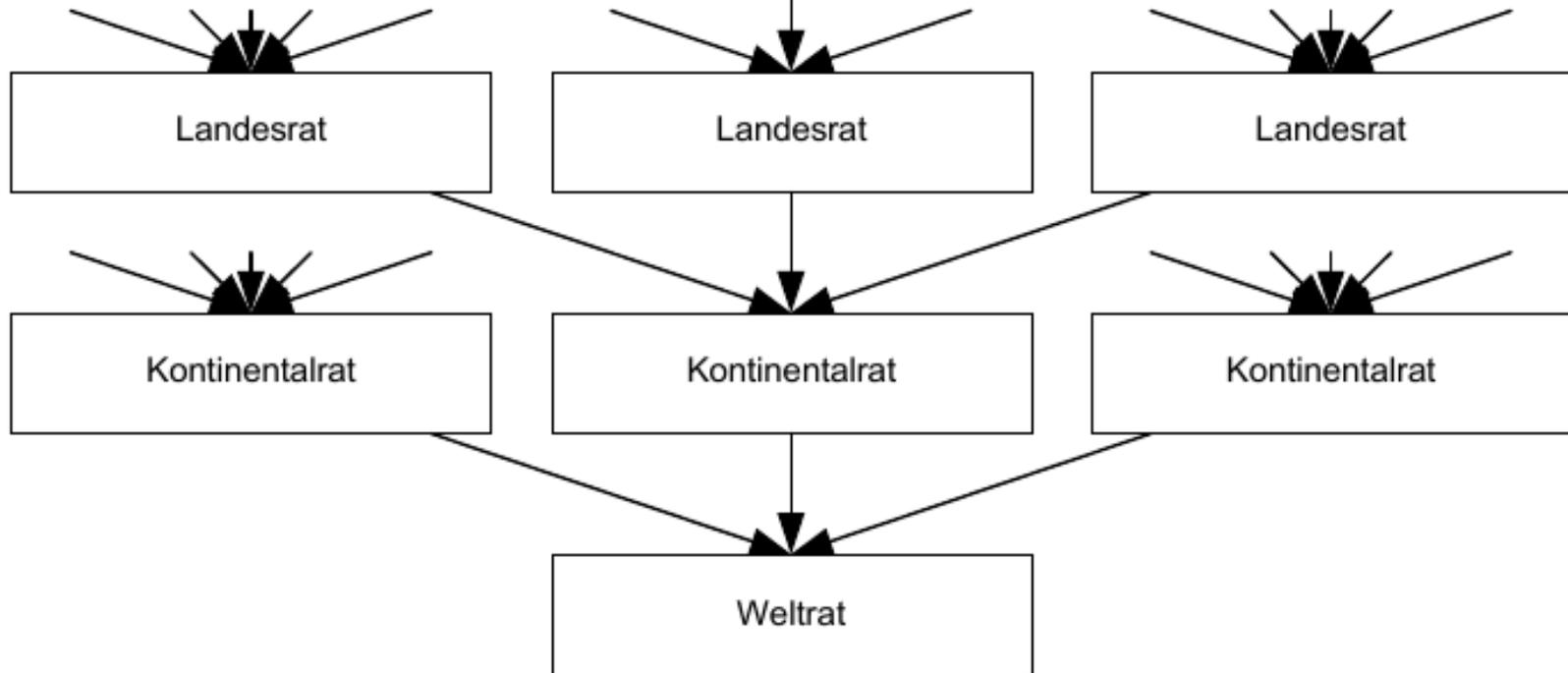
Fortbildungsvereinigung
(Gemeindeausschüsse zur Feststellung zusätzlicher Lehrveranstaltungen)

Produktionsgenossenschaften
(Gemeindeausschüsse zur Produktionsplanung sowie zur Feststellung des Produktions- und Rohstoffbedarfs)

Gemeindenvollversammlung / Gemeinderäte

Räteebene

**Dies ist die Informations-,
Beratungs- und
Koordinationsebene**



Zapatistas

In der Silvesternacht 1993/94, als das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) zwischen Kanada, den USA und Mexiko gefeiert wurde, **krochen im südlichsten und ärmsten Bundesstaat Chiapas, vermummte indigene Guerilleros aus ihren Verstecken im Nebel des Urwalds und nahmen San Cristóbal de las Casas und sechs weitere Provinzstädte im Handstreich ein.**

Sie würden kämpfen für „Arbeit, Land, Wohnung, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden“. Das „Volk von Mexiko“ solle sich ihnen anschließen.

Beim **„Ersten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus“ vom August 1996** in Aguascalientes, wo **3.000 Besucher aus 42 Ländern zusammen mit 2.000 Mexikanern debattierten**, wurde deutlich: **Der ungezügelte Kapitalismus muss nicht das Ende der Geschichte sein.**

Kommunale Räte in Venezuela

Im Jahr **2006** wurde das **Gesetz über Kommunale Räte** verabschiedet und löste eine explosionsartige Gründungswelle dieser Räte (consejos comunales) aus. Entscheidungsorgan dieser Räte sind die **Nachbarschaftsversammlungen**. Alle BewohnerInnen **ab dem 15. Lebensjahr** wählen **SprecherInnen für verschiedene Bereiche wie Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur**, die die Arbeit der Kommunalen Räte unterstützen. Mehrere kommunale Räte können sich zu einer **Comuna** und mehrere Comunas und Räte schließlich zu einer **Kommunalen Stadt** zusammenschließen. Es existieren etwa **50.000 Kommunale Räte**. Sie bestehen in städtischen Gebieten aus etwa 200 bis 400, in ländlichen Gebieten aus 20 und in indigenen Gemeinden aus 10 Familien. Finanziert werden die Räte zunächst z.T. durch den Staat und seine Institutionen. **2017 fand die erste Nationale Versammlung von 1700 kommunalen Städten** statt. Die kommunalen Räte können die in Venezuela bereits bestehenden etwa 200.000 Kooperativen mit Aufträgen versehen, ja sogar selbst Kooperativen gründen. Die Kooperativen haben damit eine beachtliche Zahl von Auftraggebern erhalten, die ihre Situation und die der gesamten Gesellschaft grundlegend stabilisieren können. Über sie werden die Verbraucherinteressen direkt in die Produktion eingebracht.

Nach: **Dario Azzelini: Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune**

Rojava

Rojava entspricht in etwa den überwiegend kurdisch bewohnten Regionen im Norden Syriens entlang der Grenze zur Türkei. Es ist in **vier Regionen (Efrîn, Şehba, Kobanê und Cizîrê)**, davon drei Kantone untergliedert.

Im Verlauf des Bürgerkriegs in Syrien gab die syrische Regierung gegen Ende des Jahres **2013** die Kontrolle über die Regionen an der Nordgrenze auf. **Lokale kurdische Kräfte übernahmen nach den Vorstellungen von Bookchin und Öcalan vielerorts die Kontrolle.** Am 12. November 2013 beschloss die „**Partei der Demokratischen Union**“ **gemeinsam mit der christlichen Einheitspartei** und weiteren Kleinparteien eine **Übergangsverwaltung** aufzustellen, um den durch den Krieg entstandenen Missständen in Verwaltung und Versorgung der Bevölkerung zu begegnen. Am 21. Januar 2014 folgte die Etablierung der Verwaltung in Cizîrê, am 27. Januar in Kobanê und einige Tage später auch in Efrîn.

Bürgerrat in Leipzig

Viele Menschen in Deutschland fühlen sich von der Politik nicht gut vertreten und sind frustriert.

Um das Interesse an Zukunftsfragen der Demokratie zu wecken, wurde jetzt u.a. vom Verein „Mehr Demokratie“ in Leipzig ein Bürgerrat ins Leben gerufen, an dem sich **Menschen aus ganz Deutschland** beteiligen. Es geht konkret um die Frage, ob es zusätzlich zu den Parlamenten, also **zur repräsentativen Demokratie, weitere Beteiligungsformen** der Bürger geben muss.

Erste Gründungen „neuer“ Genossenschaften

Während Elinor Ostrom vorwiegend Genossenschaften beschrieb, die **Ressourcen** verwalten, bildeten sich im Kapitalismus des 18. Jahrhunderts im Bereich der Daseinsvorsorge auch Genossenschaften heraus, die sich mit der Infrastruktur einer Ökonomie gegen den Kapitalismus befassten. Von folgenden Pionieren wird berichtet:

- 1760: **Werftarbeiter** von Chatham und Woolwich betreiben eine **eigene Mühle** und eine **eigene Bäckerei** um ihre **Lebenshaltungskosten zu senken**.
- 1769: **Weber** aus Fenwick in Schottland betreiben einen **gemeinsamen Wareneinkauf** für ihre Familien.
- 1777 bis 1800: Zwei schottische und eine englische **Lebensmittel-Assoziation** betreiben je einen **Laden**.
- 1799: Robert **Owen** gründet in New Lanark, Schottland, in einer Baumwollspinnerei zahlreiche kleine Arbeits- und Lebensgemeinschaften. Die Fabrik wurde 1825 von Owen verkauft und zerfiel.
- 1812: In Lennoxton in Schottland gründet die *Friendly Victualling Society* die weltweit erste Genossenschaft mit einem **Rückvergütungssystem**, die **153 Jahre** existierte, bis sie 1965 mit einer Nachbargenossenschaft verschmolzen wurde.
- 1827: William **King** und William **Bryan** gründen im südenglischen Badeort Brighton die *Co-operative Trading Association*, die erste **konsumgenossenschaftliche Bewegung mit etwa 300 Genossenschaften**. Sie gaben die erste **Genossenschaftszeitung** den „**Co-operator**“ heraus. In den 1830er Jahren zerfiel die Bewegung wieder, weil sie den Genossen weder niedrigere Preise noch Rückvergütung anbot.
- 1832: **Weber** gründen in **Rochdale** auf der Basis von Kings Ideen die Rochdale Friendly Cooperative Society und eröffnen einen **Genossenschaftsladen**, der jedoch nach 2 Jahren wieder geschlossen werden musste. Sie hatten ihrer **Kundschaft Kredit gewährt** und dann **selbst kein Geld mehr um Waren einzukaufen**.

Die Rochdaler Pioniere

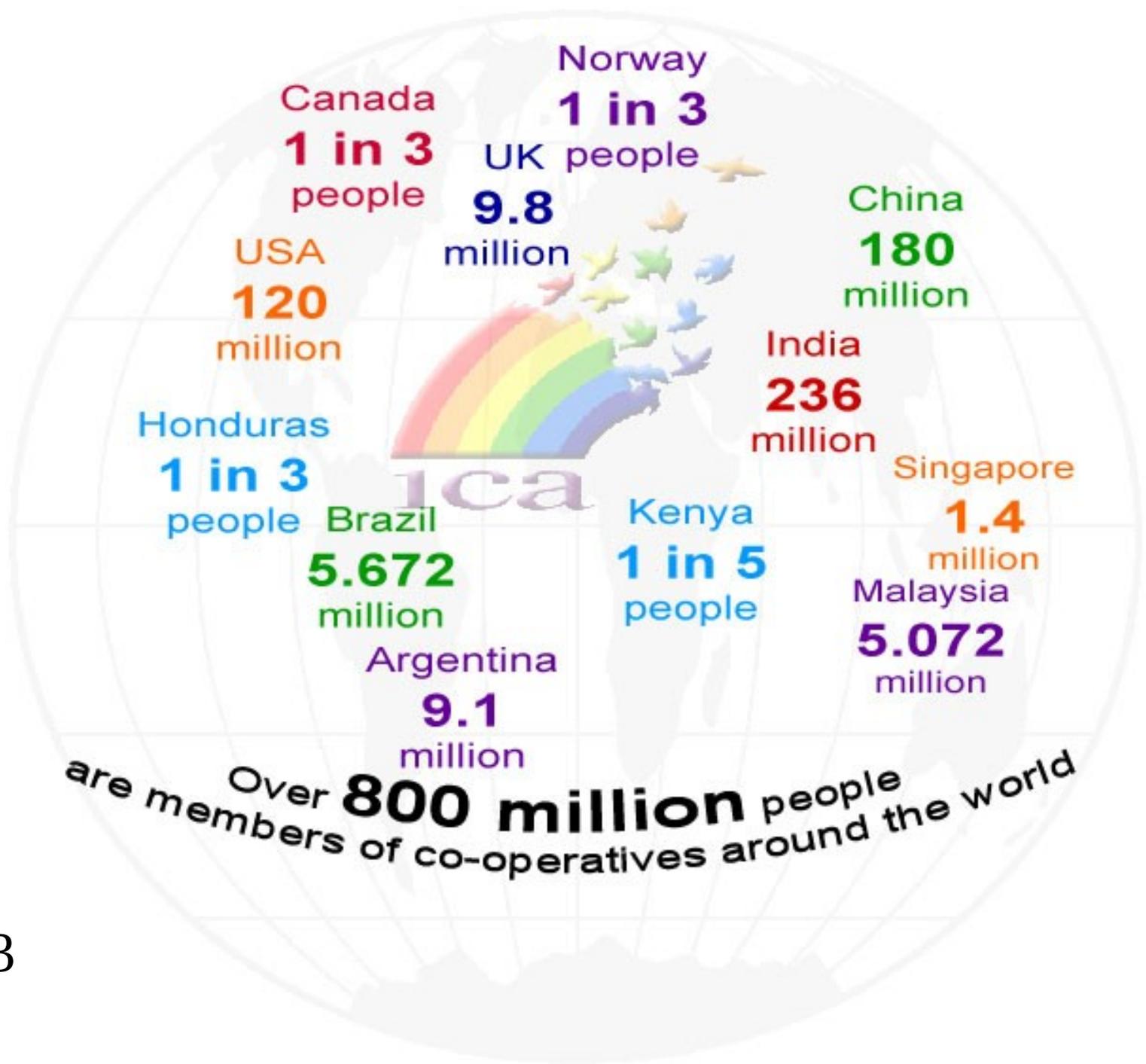
1844 haben, der Streiks und der sozialen teils blutigen Kämpfe überdrüssig, 28 Weber, die *Redlichen Pioniere von Rochdale (Rochdale Society of Equitable Pioneers)*, auf der Basis ihrer eigenen Versuche (1832) und der ihrer Vorgänger **zur Selbstversorgung** einen **Lebensmittelladen** eröffnet. In den ersten Jahren arbeiteten die Genossen **ehrenamtlich**. Erst als die Mitgliederzahl **600 überstieg (1848) wurden die ersten Angestellten entlohnt**. 1849 wurde ein **Buch- und Zeitungsladen** eingerichtet, 1850 eine **Schule für Kinder** und 1855 eine **Schule für Erwachsene**. 1850 erwarb man Anteile an einer **Kornmühle**, die damit zum ersten **Produktionsbetrieb der Konsumgenossenschaft** wurde. Eine **Baumwollspinnerei und -weberei**, eine **Schlachterei** etc. kamen in den nächsten Jahren hinzu.

Die Arbeiter, die sich mit verfälschten Produkten ernährte und mit minderwertigen Stoffen gekleidet hatten, bezogen jetzt vorzügliche Lebensmittel, webten selbst ihre Kleiderstoffe, mahlten selbst das Korn, schlachteten selbst ihr Vieh. 1860 wurde auch eine

Unterstützungskasse für Krankheits- und Todesfälle eingerichtet und immer weitere Lebensbereiche konnten selbstbestimmt verwaltet werden. Die Rochdaler Pioniere beschlossen deshalb die **Rücklage von Geldern für soziale und kulturelle Aufgaben** und für den weiteren Ausbau ihres Unternehmens. 1865 waren es 6000 Mitglieder, die Rücklagen betragen 1,5 Mio.

Thaler. *The Rochdale Society of Equitable Pioneers* existierte unabhängig bis 1991, dann erfolgte der Zusammenschluss mit den in Rochdale ansässigen *United Co-operatives* und 2007 mit *The Co-operative Group* in Manchester.

Rochdale war Vorbild für alle weiteren Gründungen von Konsumvereinen und Genossenschaften, die sich weltweit ausbreiteten und heute insgesamt 800 Millionen bzw. inzwischen wohl **1 Milliarde Mitglieder** haben. Rochdale nennt sich aufgrund seiner Geschichte bis heute *Birthplace of co-operation* (Geburtsort des Genossenschaftswesens).



Over **800 million** people are members of co-operatives around the world

Entfaltung der Genossenschaften in Deutschland

- 1845: Erste Gründungen von Konsumvereinen in Sachsen
- 1867: Verabschiedung des ersten Genossenschaftsgesetzes
- 1892: **Die SPD untersagt ihren Mitgliedern die Mitwirkung in Konsumgenossenschaften und auferlegt ihnen, Gründungen entgegenzutreten**
- 1894: Gründung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG) in Hamburg
- 1902: Ausschluss der Konsumgenossenschaften aus dem Allgemeinen Verband von Schulze-Delitzsch durch die Produktivgenossenschaften
- 1903: Deshalb Gründung des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK)
- 1905: a) Genossenschaften haben 1 Million Mitglieder
b) Gewerkschaften fordern erstmals auf, Genossenschaften zu unterstützen
- 1910: a) **Auf dem Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen wird weltweit aufgefordert, Konsumgenossenschaften beizutreten und weitere zu gründen.**
b) die SPD hebt das Verbot der Mitwirkung in Genossenschaften auf
- 1918-22: Beitrittswelle von etwa 1 Million Mitgliedern
- 1930: **3,5 Millionen Mitglieder, mit Familie etwa 10 Millionen versorgte Personen**



„Frieda - wenn Deine Mutter ooch in's „Konsum“ kooft, wärste schon lange een kräftiges Kind - sag's ihr!“

LEO TOLSTOI

„Die Gründung und
Förderung von Konsum-
genossenschaften ist
die einzige soziale
Tätigkeit, die sich
einem moralischen
Menschen, der kein
Bedrucker seiner
Nächsten sein will,
in unserer Zeit ziemt.“

(Aus einem Briefe Leo Tolstois.)



Verbraucher macht euch wirtschaftlich frei!
Werdet Mitglied im
KONSUMVEREIN

VORWÄRTS

Über Genossenschaften

*„Aber doch haben die Arbeiter, die ihren Konsum zusammengetan haben, schon
eigene Fabriken, Großbäckereien, Schlächtereien,
eine Großeinkaufsgesellschaft mit eigenen
Dampfern.“*

*Wo kam das Geld her zu diesen vielen Grundstücken,
Baulichkeiten, Fabriken und Maschinen? Sie haben
ihre Kundschaft organisiert! Kundschaft ist Kredit;
Kredit ist wirtschaftliche Macht [...] die Arbeitgeber
sind die Konsumenten, die Arbeitnehmer die
Produzenten; und beides sind dieselben Personen, und
es gibt keine Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr.“*

Die Konsumgenossenschaften und das Dritte Reich

Der reaktionäre Mittelstand forderte die **sofortige Auflösung** der Konsumgenossenschaften als "**jüdisch-marxistischer Machenschaften**", was allerdings zu **bedrohlichen Ernährungsengpässen** geführt hätte.

Der Angriff auf die Konsumgenossenschaften erfolgte deshalb schrittweise auf mehreren Ebenen:

- Das 1933 bereits erlassene **Rabattgesetz** reduzierte in § 5 die Rückvergütung auf den handelsüblichen Rabattwert von 3%,
- es wurden regelrechte **Beutezüge** veranstaltet und überall Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zerstört,
- bereits zugesagte Kredite wurden gestrichen,
- **Neugründungen wurden verboten**,
- eine **Konzessionspflicht** wurde eingeführt,
- **Zentralen und Filialen** der Arbeiterbank, der Volksfürsorge und eines Teils der Baugesellschaften **wurden besetzt**,
- die demokratische **Selbstverwaltung** wurde **durch das Führerprinzip ersetzt**, d.h. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von oben bestellt. (z.B.: Als sich Vorstände diesem Vorhaben widersetzen, marschierte eine Hundertschaft SA auf. Als die Anwesenden der Gewalt weichen wollten, wurden sie teilweise mit **Waffengewalt** daran gehindert, den Saal zu verlassen. Die entsprechende Neubesetzung von Vorstand und Aufsichtsrat war dann nur noch reine Formsache.)
- in **Pressekampagnen** wurde der wirtschaftliche Bankrott unterstellt und einzelnen Genossenschaftlern persönliche Bereicherung vorgeworfen,
- 1934 Erlass des **Kreditwesengesetzes**,
- **Einlagen mussten ausbezahlt werden**,
- das 1935 erlassene "**Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften**" schrieb vor, dass **wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften aufzulösen** seien,
- das **Vermögen der ca. 1.500 Konsumgenossenschaften mit ca. 12.000 Läden, 400 Lagern, 300 Bäckereien, 60 Fleischereien und 200 sonstigen Betrieben** wurde in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der **Deutschen Arbeitsfront** überführt.

Konsumgenossenschaften im Westen

Nach dem Dritten Reich hatten die Konsumgenossenschaften in der BRD mit vielen externen (aber natürlich auch internen) Problemen zu tun, die zum Teil auch mit dem „Wirtschaftswunder“ zusammenhingen:

- **Weiterbestehen von Gesetzen des Dritten Reiches** (Rabattgesetz (bis 2002) und Kreditwesengesetz)
- **Neoliberalisierung** des genossenschaftlichen Denkens und Handelns (etwa ab 1952)
- Einführen des **Nichtmitgliedergeschäfts** (Anbieterseite des kapitalistischen Marktes!)
- **Aufnahme von Krediten** (Kreditexpansion!)
- Erstarren der Konkurrenz durch **amerikanische Supermärkte** und **amerikanisches Kapital**
- Das **steigende Lohnniveau** machte die Mitgliedschaft in Genossenschaften überflüssig
- Für die - entsprechend dem steigenden Anspruchsniveau - stetig **wachsende Produktpalette** wurde die genossenschaftliche Entscheidungsstruktur zu schwerfällig

Konsumgenossenschaften im Osten

Die Behinderungen der Konsumgenossenschaften erstreckten sich in der DDR u.a. auf folgende Maßnahmen:

- 1949 wurde der "gesellschaftliche Einzelhandel" erstmals in den **Volkswirtschaftsplan** einbezogen.
- 1953 sollten die Konsumgenossenschaften per SED-Beschluss den **Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf das Land** verlegen.
- 1956 wurden sie gesetzlich **der Weisungsbefugnis des Ministeriums für Handel und Versorgung unterstellt**, und damit quasi verstaatlicht.
- 1960 musste der **genossenschaftliche Großhandel** zugunsten des staatlichen Großhandels aufgegeben werden,
- 1968 wurden **Bäckereien** (z.B. Lichtenberg) dem VEB Backwarenkombinat angegliedert.
- Der Konsum Berlin musste **wichtige Objekte** wie die Markthalle, die Ackerhalle, das Bauarbeiterhotel und die Bauarbeiterversorgung **abgeben**.
- Die Konsumgenossenschaften sollten **durch die staatlichen Handelsorganisationen (HO) abgelöst** werden.

Wohnungsgenossenschaften

In mehr als 150 Jahren sind in Deutschland etwa 2000 Wohnungsgenossenschaften mit jetzt 3,2 Millionen Mitgliedern entstanden, die **10% des Mietwohnungsbestandes** bewohnen.

In diesen Wohnungsgenossenschaften **leben rund 5 Millionen Menschen.**

Leider sind die meisten Wohnungsgenossenschaften Mitglied im BBU, einem der 14 Regionalverbände des seit 90 Jahren bestehenden „**GdW** Bundesverband deutscher **Wohnungs- und Immobilienunternehmen** e.V.“, die eine **Mustersatzung** quasi vorschreibt. Der GdW repräsentiert einen Bestand von ca. 6 Mio. Wohnungen, das entspricht rund 17 % des gesamten bzw. 30 % des Mietwohnungsbestandes in Deutschland.

Die Initiative „Genossenschaft von unten“ fordert wegen dessen **Nähe zur Immobilienbranche** den **Austritt** der Wohnungsgenossenschaften aus diesem Verband.

Möckernkiez

Genossenschaft **für selbstverwaltetes, soziales und ökologisches Wohnen** eG

Er ist aus einer Initiative von Bürgerinnen und Bürgern aus Berlin entstanden. Als Genossenschaft hat er ein modernes Stadtquartier am Rand des Gleisdreieck-Parks in Kreuzberg gebaut und dabei ein einzigartiges Modellprojekt verwirklicht: **Eine gemeinschaftliche und Generationen verbindende Wohnanlage, die ökologisch, nachhaltig, barrierefrei und sozial sein sollte.**

Diese eG

Diese neue Genossenschaft wurde zum **Schutz von Berliner Mieter*innen vor aggressiven Investoren** wie Deutsche Wohnen oder Venovia gegründet. Sie erwirbt Wohnungen, für die ein Vorkaufsrecht besteht, die aber die Städtischen Wohnungsgesellschaften nicht erwerben wollen. **Zuschüsse** für den Erwerb dieser Wohnungen werden von vom Land Berlin, **Darlehen** von der IBB, weiteres Geld durch einen **Nachbarschaftsfond**, in den **jeder zinsfrei ab 100 €** einzahlen kann, gewährt.

Von Bewohnern müssen Genossenschaftsanteile von 500 €/m² erworben werden, die in etwa 20 Jahren für 80 €/Monat abbezahlt werden können. Die minimale **Anzahlung** beträgt aber nur **12-15 %** von z.B. 25.000 € für eine Wohnung von 50 m².

Alte Konsumgenossenschaften

Neben Edeka und Rewe, die keine Genossenschaften von Konsumenten, sondern von Geschäftsführern sind, hatten die eigentlichen Konsumgenossenschaften in Deutschland nach dem Dritten Reich ihr Wiedererstarken nur vorübergehend erreicht.

Heute existieren **nur noch Restbestände** und neben den Dorfläden **vereinzelte Neugründungen**.

Zu den Altbeständen zählen:

Konsum Berlin mit wohl noch 90.000 Mitgliedern, aber er befasst sich nur noch mit Immobilienverwaltung,

Coop Schleswig-Holstein mit etwa 40.000 Mitgliedern,

Konsum Leipzig mit 28.000 Mitgliedern und

207 **Konsum Dresden** mit 22.500 Mitgliedern

Konsumgenossenschaft Erfurt mit 2.500 Mitgliedern.

VG - Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG

1991 nutzte die VG eine alte Wohnung in der Schützengasse 18 als Verkaufsraum für ökologische Produkte der Region. 1994 hat die VG sich als Verein gegründet. Nach Ausgliederung des wirtschaftlichen Teils (Mitgliederläden) in eine Genossenschaft im Jahr 2005 beschäftigt sich der Verein ausschließlich mit Öffentlichkeitsarbeit.

Die Genossenschaft betreibt in Dresden **7 Naturkostläden**. Der Verkauf erfolgt grundsätzlich an Mitglieder. Die **Finanzierung der Läden (Löhne, Miete u.ä.)** erfolgt dabei **über monatliche Mitgliederbeiträge**, weniger über Warenaufschläge.

Dadurch wird ein weitgehend **umsatzunabhängiges Wirtschaften möglich**.

Die VG hat jetzt **ca. 10.000 aktive Mitglieder**.

Anliegen ist es, insbesondere regionale Biobetriebe bei der Vermarktung ihrer Produkte zu unterstützen. Ein großer Teil des Frischesortimentes (Obst, Gemüse, Backwaren, Molkereierzeugnisse, Getränke) stammt aus ca.

80 landwirtschaftlichen Betrieben der Region.

Es gibt ein internes Logo zur Bezeichnung von Regionalprodukten. Grundanliegen der VG ist: Förderung des regionalen, ökologischen Landbaus, Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz, sowie Verbraucheraufklärung.

Überregionale Produkte erhält sie von verschiedenen Naturkostgroßhändlern bzw.

Herstellungs- und Verarbeitungsunternehmen. **Alle Produkte** im

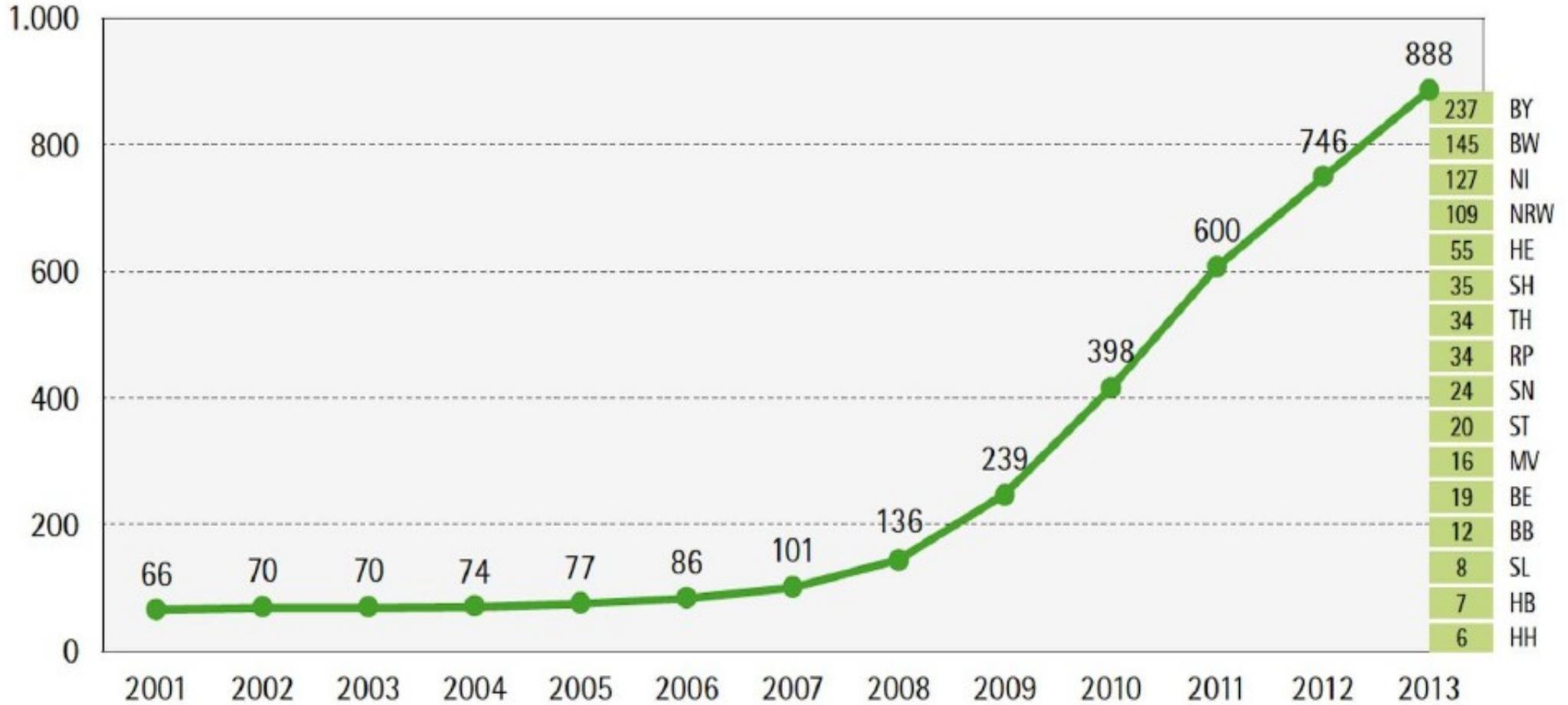
Lebensmittelbereich, auch die nicht besonders gekennzeichneten, stammen aus **ökologischer Produktion**. Die Genossenschaft legt Wert auf die Förderung von Produkten aus fairem Handel.

Genossenschaftsbanken

Die Genossenschaftsbanken gehen auf Franz Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen zurück. Diese gründeten unabhängig voneinander Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Kreditgenossenschaften. Heute gibt es in Deutschland etwa **1.019 Genossenschaftsbanken** mit einer addierten Bilanzsumme von 817,7 Milliarden Euro. Bezüglich der Girokonten haben sie einen **Marktanteil von ca. 24 %**, bezüglich der Bilanzsumme kommen sie auf ca. 18 %. Sie haben ca. 30 Millionen Kunden, **16,1 Millionen Mitglieder** und über 13.600 Zweigstellen.

Zunahme der Energiegenossenschaften in Deutschland

Quelle: Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. 1/2014



Bürgerenergie Berlin eG (BeB)

Die BeB ist ein freier, parteiübergreifender Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine zukunftsfähige, nachhaltige und demokratische Energiepolitik in Berlin engagieren. In dieser Genossenschaft hat jedes Mitglied eine Stimme - unabhängig von der Höhe seiner Einlage. Wer sich mit der BeB für ein Stromnetz in Bürgerhand engagieren will, ist herzlich willkommen.

Vattenfall erwirtschaftet mit dem Betrieb des Berliner Stromnetzes regelmäßig Millionengewinne. In der Hand der Berlinerinnen und Berliner werden die Gewinne regional wirksam.

Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft Berlin e.V. (EVG)

Das **Ökodorf** hat in den 80er Jahren jedes Jahr parallel zur „Grünen Woche“ die **„Giftgrüne Woche“** veranstaltet, an der auch ich mitwirkte. 1982 waren drei Niedersächsische Ökobauern eingeladen worden, die in Berlin Abnehmer für ihre Öko-Produkte suchten. Mit diesen Bauern bauten wir ab **1982 eine der ersten EVGen in Deutschland** auf. Wir weiteten den Vertrieb schrittweise aus und standen schließlich unseren **850 Mitgliedern** auf **13 Wochenmärkten und in 2 Bioläden** von Zehlendorf bis Reinickendorf und Kreuzberg bis Charlottenburg fast flächendeckend zur Verfügung. Der Mitgliederbeitrag betrug symbolische 5 DM pro Monat. Mitgliedern wurde beim Einkauf ein Rabatt von 20% gewährt, Nichtmitglieder konnten Probeeinkäufe tätigen.

Weil wir für eine Professionalisierung des Unternehmens kein ausreichend qualifiziertes Personal finden konnten, stellten wir 1989, mit der Wende, den Betrieb ein.

Fazit: Die Initiative ging, nicht wie ehemals in Rochdale von den Verbrauchern, sondern von den Bauern, den Produzenten, aus, aber, und das wurde mit der EVG realisiert, **Produzenten brauchen in erster Linie solidarische Abnehmer, um nachhaltig und solidarisch produzieren zu können.**

Dorfläden und Dorfladennetzwerk in Deutschland

In bereits rund 200 Ortschaften in Deutschland gibt es Dorfprojekte, die z. T. schon in den ersten zwei bis drei Jahren schwarze Zahlen schreiben.

Über das Angebot von Milch und Käse hinaus helfen Jugendliche Senioren im Umgang mit dem Internet. Müttern dient das Ladenlokal als Treffpunkt. Schulkinder erhalten warmes Mittagessen.

Es entstehen Dorfgemeinschaftshäuser mit Einkaufs-, Kommunikations- und Bildungsmöglichkeiten.

Vorteile eines Dorfladens:

Arbeit und Geld bleiben in der Region

Produkte aus der Heimat

Einzigartigkeit der Produktpalette

gesunde und bewußte Ernährung

Verantwortung gegenüber der Natur

Qualität

kürzere Fahrwege

höhere Wertschätzung der Erzeuger

Steigerung der Attraktivität und Existenzsicherung des Ortes

Kommunikation

Vermittlung von Kenntnissen

Solidarische Landwirtschaft

Solidarische Landwirtschaft ist eine Form der Vertragslandwirtschaft, bei der eine Gruppe von Verbrauchern auf lokaler Ebene mit einem Partner-Landwirt kooperiert. Derzeit beteiligen sich etwa 108 Betriebe.

Die Verbraucher geben eine Abnahmegarantie (für 6 Monate oder ein Jahr) für die Produktion des Landwirtes und erhalten im Gegenzug Einblick und Einfluss auf die Produktion (zumeist biodynamisch oder anderweitig ökologisch). In einigen Fällen geben die Verbraucher dem Landwirt auch ein zinsgünstiges Darlehen, um den Aufbau des Hofes oder die Umstellung auf ökologische Produktion zu ermöglichen. Diese Partnerschaft unterstützt eine lokale Produktion und eine lokale Ernährung.

Das Konzept entstand in den 1960er Jahren in Japan, wo heute etwa ein Viertel der Haushalte an einem Teikei (dt. „Partnerschaft“) beteiligt sind.

In den USA entwickelte sich die dort Community supported agriculture (CSA) genannte Wirtschaftsweise jedoch unabhängig davon in einem Kreis um den biodynamischen Landwirt Trauger Groh und durch den aus der Schweiz eingewanderten Jan VanderTuin.

<http://www.solidarische-landwirtschaft.org>

Selbsthilfeverein der Geringverdienenden und Erwerbslosen Pankow e.V.

Um die **persönliche Isolation zu durchbrechen, Versorgungsgemeinschaften aufzubauen, Qualifikationen zu erwerben, sich billiger mit Lebensmitteln zu versorgen** etc. wurde 2003 von Geringverdienenden und Hartz-IV-Empfängern, dieser Selbsthilfeverein initiiert.

Er fördert Personen, die von Einkommensarmut, geringem Verdienst und Erwerbslosigkeit betroffen oder bedroht sind. Er betreibt u. a. Projekte zur gegenseitigen Hilfe und zum Austausch, zu sozialen Problemen sowie zu Kunst und Gesundheit.

Der Verein verfügt über einen **Gemeinschaftsgarten**, in dem Lebensmittel produziert werden. Er beteiligt sich jährlich am **„Langen Tag der Stadtnatur“** und steht mit vielen gleichartig engagierten Projekten (z.B. KuBIZ, Foodsharer) im Austausch.

Das Allmende-Kontor

„In Berlin gibt es inzwischen über 100 Gemeinschaftsgärten. Sie stellen und beantworten zentrale Fragen der Stadtgesellschaft: zu sozialer, kultureller und biologischer Vielfalt, Partizipation, Stadtökologie, Versorgung und Konsum, Bildung und Gesundheit. Für alle bestehenden und neuen Initiativen, für InteressentInnen und Akteure des gemeinschaftlichen Gärtnerns und der urbanen Landwirtschaft in Berlin, will das Allmende-Kontor eine Anlauf- und Vernetzungstelle, Wissensspeicher, Lernort und ein Garten für alle sein. Seit April 2011 gedeiht der Garten zunächst als Zwischennutzung auf dem Tempelhofer Feld auf einer Fläche von 5000 m² mit etwa 250 Hochbeeten und 700 GärtnerInnen. Öffentlicher städtischer Freiraum wird hier durch gemeinschaftliche, kooperative Nutzung und Gestaltung als Allmende [Gemeinschaftsgut] ins Bewusstsein gebracht, erleb- und gestaltbar gemacht.“

Gemeinschaftsgärten und urbane Landwirtschaft in Berlin

Allmende-Kontor





RÜBEZAHL GARTEN

SCHILLERKIEZ GARTEN

ALLMENDE-KONTOR GARTEN

ZWISCHEN WEIßEN
BODENMARKIERUNGEN
NICHT ÜBERBAUEN !!!

- GEMEINSCHAFTSSACHEN
- GEPLANTE GEMEINSCHAFTSS.
- GEMEINSCHAFTSFLÄCHEN
- GEMEINSCHAFTSBEETE
- GEPLANT GEMEINSCHAFTSB.
- INSELGRUPPEN
- BEETINSELN



187.00m | 180.00m | 170.00m | 60.00m | 50.00m | 40.00m | 30.00m | 10.00m | 0.00m



Fairmondo (zuvor: Fairnopoly)

Im Kern ist Fairmondo ein profitfreier Online-Marktplatz: Man kann hier **neue und gebrauchte Dinge kaufen und verkaufen**. Darüber hinaus zeichnet sich Fairmondo durch drei Kernelemente aus:

- **Ein faires Unternehmensmodell**

Von anderen Online-Marktplätzen grenzt es sich dabei bewusst durch folgende Eigenschaften ab:

- Genossenschaft 2.0
- Konsequente Transparenz
- Fairness nach innen und außen

- **Die Förderung von verantwortungsvollem Konsum**

- Fair gehandelte Ware
- Gebrauchte Artikel

- **Informationen zu verantwortungsvollem Konsum**

- **Ein Beitrag zur Korruptionsbekämpfung**

- 1% für eine fairere Welt (Transparency International)
- Spendenfunktion für transparente Organisationen
- Modellfunktion

Plattform-Kooperativen

In den bisherigen Debatten über die Zukunft der Arbeit fehlte ein Ansatz, der den Menschen etwas gibt, dem sie zustimmen können, etwas, das man mit ganzem Herzen unterstützen kann.

Trebor Scholz warnt: *»Scheinbar bieten die Inhaber bisheriger Online-Plattformen uns alles – außer Eigentum. Es ist jetzt an uns, stattdessen eine demokratische und solidarische Online Economy zu schaffen.«*

In Europa gibt es bereits genossenschaftlich organisierte Plattformen, u. a. WECHANGE, Fairmondo, OpenOlior (Gemeinschaft von Entwicklern in Deutschland, Irland, Belgien und Italien), Sunu (beide in Zusammenarbeit mit der Solidarischen Landwirtschaft, die wiederum beide mit dem weltweit basierten Urgenci-Netzwerk verbunden sind). Europaweit beteiligten sich 2014 an Urgenci in **16 Ländern** mindestens **4.000 CSA-Gruppen**, an denen fast **465.000 Verbraucher** und **6.300 Betriebe** beteiligt waren.

Sozioökologischer Verbrauchsindex I

Produkte einer Gemeingutökonomie sollten einerseits folgende Kriterien erfüllen:

1. Soziale Kriterien:

- Keine Menschenrechtsverletzungen (Zwangsarbeit, Gefangenearbeit)
- Keine Kinderarbeit
- Faire und verbindliche Arbeitsverträge
- Die Löhne müssen mindestens die gesetzlichen und branchenüblichen Standards erfüllen oder sie übersteigen.
- Keine Diskriminierung des Geschlechts, des Alters, der ethnischen Abstammung, der Nationalität, der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung, der politischen Meinung der religiösen und sozialen Herkunft.
- Gesundes Arbeitsumfeld: Es sind klare Regelungen und Maßnahmen zur Arbeitsgesundheit und -sicherheit einzuführen und zu beachten.
- Solidarität: In Situationen oder Ländern, in denen die Versammlungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen gesetzlich eingeschränkt sind, sollen parallele Verfahren der unabhängigen und freien Organisation und Verhandlung gefördert werden.
- Menschenwürdige Arbeitszeiten: Überzeit darf nur auf freiwilliger Basis geleistet werden.
- Die höchste zulässige Arbeitszeit pro Woche beträgt 48 Stunden, die maximale wöchentliche Überzeit 12 Stunden. Auf sechs aufeinander folgende Arbeitstage muss mindestens ein freier Tag folgen.
- Keine Produkte aus widerrechtlichem Großgrundbesitz

Sozioökologischer Verbrauchsindex II

2. Nachhaltigkeitskriterien:

- Regional erzeugt
- Gentechnikfrei
- Mit dem CO₂-Label gekennzeichnet
- Sparsame Verpackung, keine Mogelpackungen
- Produktinformation statt Werbung
- Optimierung der Energiesparmaßnahmen
- Nicht per Luftfracht transportiert
- Entsorgungsbedingungen

3. Ökonomische Kriterien:

- selbst- oder fremdfinanziert? (Eigenkapitalanteil)
- kein leistungsloses Kapitaleinkommen
(keine Betätigung auf den Finanzmärkten)
- Hohe Haltbarkeit der Produkte
- Reparierbarkeit

Von entscheidender Bedeutung ist natürlich die Überwachung der Erfüllung und Einhaltung dieser Kriterien. Diese immense Aufgabe kann nur mit Hilfe der jeweiligen Verbraucher vor Ort geleistet werden. Eine entsprechende Datenbank müsste aufgebaut werden.

Gottlieb Duttweiler und die Schweizer Migros AG bzw. eG

Duttweiler schwebte eine Verkaufsorganisation ohne Zwischenhandel vor: eine **direkte Brücke vom Produzenten zum Konsumenten**. Am 15.8.1925 gründete er zu diesem Zweck die Migros AG. Die "Brücke" wurde dabei zum Symbol und Markenzeichen der Migros. Mit einem Startkapital von 100.000 Franken kaufte Gottlieb Duttweiler fünf Ford-T-Lastwagen und bestückte diese mit sechs Basisartikeln (Kaffee, Reis, Zucker, Teigwaren, Kokosfett und Seife), die er zum Teil bis zu 40 % günstiger als die Konkurrenz anbot.

Heute ist die Migros der grösste Detailhändler der Schweiz und zählt zu den 500 grössten Firmen der Welt.

1941 schenkt Duttweiler die Migros AG seiner Kundschaft. Die AG wird in den Migros-Genossenschafts-Bund und regionale Migros-Genossenschaften umgewandelt.

Sein Vermächtnis umfasst 15 Thesen.

Neustart Schweiz (Initiator: P.M./Hans Widmer)

Neustart Schweiz hat mit dem Aufbau von vielfältigen Nachbarschaften und **Nachbarschaftszentren** begonnen, die als selbständige wirtschaftliche und soziale Organismen die wichtigsten Bedürfnisse des Alltags abdecken (Begegnung, Versorgung, Dienstleistung, Freizeitgestaltung). Das ökologische und soziale Potenzial solcher Nachbarschaften mit 500 bis 1000 BewohnerInnen ist erheblich.

Auf der Landseite werden komplementär **Agrozentren** eingerichtet, in denen die Bauern ihre Produkte zusammentragen, aufbereiten, abpacken und gemeinsam in die urbanen Nachbarschaftszentren transportieren können. Das Agrozentrum entwickelt sich ebenfalls zum sozialen und kulturellen Zentrum. Erste Erfahrungen mit diesen Zentren sind sehr positiv.

Neustart Schweiz schreibt dazu: „*Nachbarschaften und Bauernhöfe sind heute zwei »lose Enden« unseres Systems, die beide unbefriedigend funktionieren. Bäuerinnen und Bauern möchten gerne für Verbrauchende produzieren, die sie kennen und von denen sie endlich Anerkennung für ihre Arbeit bekommen. Sie möchten von ihrer Arbeit und nicht von Direktzahlungen leben. Die Konsumentinnen und Konsumenten möchten wissen, woher ihre Nahrungsmittel kommen und sie möchten von den niedrigeren Preisen profitieren, die bei saisonal und lokal erzeugten Produkten ohne Zwischenhandel möglich würden - auch ohne Subventionen.*“

Coop Italia

Zur Zeit der Industrialisierung zogen viele Menschen vom Land in die Städte – aus bäuerlichen Selbstversorgern wurden so städtische Fabrikarbeiter, die oft zu wenig verdienten, um ihre Familien versorgen zu können. Als Reaktion darauf schlossen sich 1854 in Turin mehrere Arbeiter zur ersten italienischen Konsumentengenossenschaft (Cooperativa di Consumatori) zusammen. Sie betrieben einen eigenen Laden, um auf diese Weise günstiger an Lebensmittel zu kommen. Heute besteht Coop Italia aus 9 großen, 14 mittelgroßen und etwa 100 kleinen Genossenschaften, die alle weitgehend eigenständig sind. Insgesamt hat die Coop Italia etwa 8 Millionen Mitglieder. In Casalecchio di Reno nahe Bologna ist die Dachorganisation Coop Italia ansässig. Ihre Aufgabe ist es, für alle unter der Marke agierenden Händler den Einkauf zu koordinieren, Eigenmarken zu schaffen, Qualitätskontrollen durchzuführen und für ein einheitliches Marketing zu sorgen. Der Coop-Verbund machte im Jahr 2014 einen Umsatz von 12,7 Milliarden Euro.

Gruppi di Acquisto solidale (GAS)

In Italien ist die Bewegung für einen »kritischen Konsum« ein Politikum. Gruppen von jeweils rund 50 Familien - »Gruppi di Acquisto solidale« (GAS) genannt - tun sich zusammen und kaufen gesunde Lebensmittel direkt von Biobauern aus der nahen Region. War die Bewegung früher vorwiegend in Nord- und Mittelitalien verbreitet, hat sie es inzwischen bis in den Süden geschafft. Auch Orangenbauern in Sizilien und Süditalien erfuhren vom Prinzip der GAS und wollten sich damit von der räuberischen Mafia-Vertriebsmaschinerie emanzipieren. Hilfsbereite Menschen aus dem Netzwerk der »Gasisti« organisierten für sie in vielen Städten Märkte, auf denen die Orangenbauern ihre Zitrusfrüchte direkt verkaufen können, indem sie den
243 Zwischenhandel umgehen.

Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara (Cecosesola - Venezuela)

1967 als Transportunternehmen mit letztlich 127 Bussen gegründet. Der Konkurs 1979 führt zur Umstrukturierung der Organisations-Grundsätze und zum Aufbau einer Versorgung mit Lebensmitteln.

Heute arbeiten in 22 Stadtteilbasiskooperativen und 45 Produktions- und Versorgungskooperativen 2.000 Menschen mit 40.000 aktiven Cooperatistas und über 140.000 assoziierten Mitglieder zusammen, ohne dass ein Vorstand oder eine Mehrheit die Abstimmungen entscheidet. Kernelemente sind Basisentscheidung, Rotation und Konsens.

Die Produktionsstätten liegen in einem Umkreis von 160 km um die Millionenstadt Barquisimeto. Wöchentlich werden rund 50.000 Familien mit rund 450 t Obst und Gemüse versorgt. Ein eigenes Gesundheitszentrum versorgt monatlich 10.000 Menschen. 2009 wurde ein mit eigenen Mitteln (780.000 Dollar) errichtetes Krankenhaus eröffnet.

Frydays for Future (FFF)

Von der Bundesregierung wird gefordert:

- Rücknahme der Sonnensteuer,
- Rücknahme der Deckelung des Ausbaus Erneuerbarer Energien,
- sofortige Beendigung von indirekter oder direkter Kohle-Subventionierung und Flugbenzin
- Abschalten der zwei klimaschädlichsten Braunkohlekraftwerke bis Ende 2020: Jänschwalde Lausitz (LEAG) mit 22,8 Mio t CO₂-Ausstoß im Jahr und Neurath Rheinland (RWE) mit 16 Mio t CO₂-Ausstoß im Jahr, keine weitere Abbaggerung von Dörfern, sofortige Beendigung der Abholzung des Hambacher Rest-Forstes,
- Beendigung der Kohleverstromung vor 2025,
- Einführung einer so hohen CO₂-Abgabe pro Tonne CO₂, daß es wirkt (in der Schweiz sind es 84 €, das Umweltbundesamt beziffert die Klimaschadenskosten mit 180 € je Tonne CO₂) und Kompensation mit einem für alle gleichen Pro-Kopf-Betrag,
- aufforsten und Waldumbau, Renaturierung von Feuchtgebieten,
- Investitionspriorität für Stromspeicher und Forschungsschwerpunkt Stromspeicher,
- Klimafreundlicher Verkehr basierend auf ÖPNV, Schiene, Fahrrad, Fußgänger, E-Mobilität, deutliche Subventionierung des Schienenverkehrs, Verlagerung des Gütertransports zum Schienenverkehr, deutliche Preissenkung des ÖPNV bis hin zu Gratis-ÖPNV.

Luisenkirche

15.09.2019

Wirtschaft die tötet oder Zinsverbot?

Dr. Wolfgang Fabricius

Wiss. Direktor a.D.

<http://www.reproduktionsökonomie.de>